

Pg 21580

Willkommen dem  
«Bündner Freisinn»  
in der Kopfblatt-Familie



## Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

<b>Herausgeberin/Redaktion</b> Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail gs@fdp-prd.ch Internet www.fdp.ch	<b>Inserate</b> Kretz AG Verlag und Annoncen General Wille-Strasse 147 8706 Feldmeilen Telefon 01 925 50 60 Fax 01 925 50 77 E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch Internet www.kretzag.ch	<b>Layout/Druck</b> NZZ, PRINT Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
---	---	--

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

24. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Dir. Schweiz. Landesbibliothek  
Halmwylstrasse 15  
3003 Bern

### Inhalt



**Tour d'horizon**  
Abstimmungsthemen  
und aktuelle Fragen. **3**

**36-Stunden-Woche**  
Unnötiges Arbeitszeit-  
diktat der Gewerk-  
schaften. **4**



**Gratulation**  
Der ehemalige  
Generalsekretär wurde  
80 Jahre alt. **5**

**Forschung und Politik:**  
Partner oder Gegner? **7**

**Finanzausgleich**  
Aufgabenteilung zwischen  
Bund und Kantonen. **8**

Anzeige

**Innotherm**  
Öl-Kondensations-  
heizungen brauchen  
keinen Kamin.

**THERM**  
Innotherm AG · Tolackerstr. 14 · 8274 Tägerwilten  
Telefon 071 669 28 82 · Fax 071 669 28 87

## Gerechtfertigter Optimismus

### Bei 27 Abstimmungen stand das Volk hinter der FDP

2002 hat bereits mit einer reich befrachteten Agenda begonnen. Das letzte Jahr war wie kaum eines zuvor von zahlreichen Schicksalsschlägen überschattet. Sie müssen nicht noch einmal aufgezählt werden. Ich will aber die Gelegenheit zum Jahresauftakt nutzen, um kurz Bilanz zu ziehen und vor allem nach vorne zu schauen.

Von Nationalrat Gerold Bührer, Präsident der FDP Schweiz



Parteipräsident Gerold Bührer hat sich in seiner bisherigen Präsidentschaft als ebenso zuverlässiger Partner bestätigt, wie dies früher die Bührer-Traktoren waren.

Das laufende Jahr steht mit Bundespräsident Kaspar Villiger, Vizepräsident Pascal Couchepin und dem Vizepräsidenten des Nationalrates, Yves Christen, stark unter freisinniger Ägide. Im Namen der FDP Schweiz gratuliere ich Kaspar Villiger nochmals ganz herzlich zu seiner glanzvollen Wahl zum Bundespräsidenten.

**Volksabstimmungen:  
FDP-Parolen gewinnen  
Mehrheit von Sieg  
zu Sieg**

Die FDP hat sich auch im vergangenen Jahr in allen

eidgenössischen Volksabstimmungen durchgesetzt. Wesentliche Marksteine waren ohne Zweifel der Gewinn der Militärgesetzrevision am 10. Juni und die finanz- und steuerpolitischen Weichenstellungen mit der Einführung der Schuldenbremse und der massiven Ablehnung der Kapitalgewinn- und der Ökosteuern am 2. Dezember. Erste Erfolge sind bereits im neuen Jahr zu verbuchen. Aber auch der Annahme des Airline-Kredites durch das Zürcher Stimmvolk kommt über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus eine

staatspolitisch und wirtschaftlich hohe Bedeutung zu. Damit wurde einmal mehr durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger eindrücklich der feste Wille dokumentiert, sich im Interesse unseres Landes für eine zukunftssträchtige Luftfahrtpolitik zu engagieren. Gleichzeitig hat das Stimmvolk denjenigen die Flügel gestutzt, die mit fadenscheinigen Argumenten der neuen Fluggesellschaft zum Schaden Zürichs und der Schweiz die Zukunft verbauen wollten.

Darüber hinaus haben wir auch sonst in der Ver-

kehrspolitik entscheidende Schwerpunkte gesetzt und klargemacht, dass wir nicht bereit sind, die kurzfristige Politik aus dem Departement Leuenberger tatenlos zu akzeptieren. Sowohl auf der Schiene als auch auf der Strasse müssen die bekannten, volkswirtschaftlich schädlichen Engpässe beseitigt werden. Dazu gehört auch unser Widerstand gegen das unfaire Luftverkehrsabkommen mit Deutschland.

### Investitionen für Wachstum in der Zukunft

Bildung und Forschung sind ein Motor für zukünftiges Wachstum. In der Berufsbildung haben wir dafür gesorgt, dass unser bewährtes System modernisiert werden kann. Die Existenz und Weiterführung der praxisorientierten Berufslehre ist nach wie vor eine der grossen Stärken des Wirtschaftsplatzes Schweiz. Auch in der Forschung müssen die Anstrengungen verstärkt werden.

Steuerpolitisch befindet sich ein Paket mit geziel-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

ten Erleichterungen in der Behandlung der beiden Räte. Aus freisinniger Optik sind Steuererleichterungen Investitionen für das künftige Wirtschaftswachstum und nicht etwa Geschenke. Deshalb werden wir uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass insbesondere die Steuerlast des Mittelstandes substanziiell gemildert wird und gleichzeitig die Ausgabenspirale nicht unkontrolliert weiter läuft.

Gesundheitspolitisch steht die ernüchternde Bilanz des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) im Vordergrund. Der Ständerat hat mit dessen Teilrevision den freisinnigen Weg mit mehr Vertragsfreiheit, einer umfassenden Reform der Spitalfinanzierung und einer tragbaren Prämienlast auch für den Mittelstand beschritten. Anstatt die Probleme an der



Im Umgang mit den Medien, egal vor welchem Hintergrund, ist der FDP-Präsident ein berechenbarer Gegenüber.

Bild: rus

Wurzel anzupacken und dem Kostenwachstum Einhalt zu gebieten, will Bundesrätin Dreifuss mit der Giesskanne eingesparte Gelder umverteilen und Kinderprämien von 300 Franken ausschütten.

Im Zusammenhang mit dem Service public möchte ich einmal mehr festhalten, dass in unserem freisinnigen Verständnis von Marktwirtschaft das Primat der Politik unbestritten bleibt.

Auch aus unserer Sicht braucht es in den Schlüsselbereichen, wie insbesondere Bildung, Forschung, Sicherheit und Recht, Sozialwerke und Infrastruktur, einen glaubwürdigen Staat. Hingegen ist auch im öffentlichen Bereich der Wettbewerb zu fördern. Dies bedeutet aber nicht, dass wir die Swisscom ins Ausland verkaufen oder aber die SBB und Post privatisieren möchten.

## Herausforderung Uno-Abstimmung

Am 3. März wird das Schweizervolk über den Beitritt zur Uno zu entscheiden haben. Ich fordere Sie auf, sich im Sinne der FDP-Parole in Ihrem Umfeld für diesen Schritt im Interesse unseres Landes einzusetzen. Mit einem Ja zur Uno stehen weder unsere Neutralität noch unsere Souveränität oder die direkte Demokratie auf dem Spiel. Es geht vielmehr darum, dass wir in dieser weltumspannenden Organisation nicht nur zahlender Zuschauer sind, sondern unsere politischen und wirtschaftlichen Erfahrungen einbringen können. Damit dienen wir auf dieser Bühne der Welt diplomatie auch unseren nationalen Interessen. Ich denke hier vor allem an die hohe Bedeutung des Uno-Sitzes Genf. Auch als Befürworter des Uno-Beitritts bleiben wir vom schweizeri-

schen Weg überzeugt. Heimatgefühle und Patriotismus wollen wir nicht ausblenden. Wir dürfen deswegen aber nicht zu Patrioten mit Scheuklappen werden.

## Wahltag ist Zahltag

Neben diesen aktuellen Sachgeschäften wird es aber auch darum gehen, das Terrain für die nationalen Wahlen im Oktober 2003 vorzubereiten. Die Schweiz ist mit unserer bürgerlich-liberalen Politik gut gefahren. Die liberale Bürgerlichkeit als Wertefundament unserer Politik und nicht kollektivistische Gleichschaltung hat unser Land über Jahrzehnte hinweg politisch und wirtschaftlich nach vorne gebracht. Wir müssen alles daran setzen, unsere Positionen, welche in allen 27 eidgenössischen Abstimmungen dieser Legislatur vom Volk mitgetragen wurden, bei den Wählerinnen und Wählern zu stärken.

Eine namhafte Zeitung hat zum Jahreswechsel formuliert, dass wenn verschiedene Ziele im Interesse der Schweiz in Erfüllung gingen, sich die FDP als Unternehmerin einen Teil dieses Erfolges an ihre Fahne heften dürfe. Ich rufe ich Sie daher auf, sich im Geist politischer Unternehmer und nicht Unterlasser weiterhin für die öffentliche Sache zu engagieren. Für das im vergangenen Jahr zum Wohle unserer Partei und unseres Landes Geleistete danke ich Ihnen herzlich und wünsche Ihnen weiterhin alles Gute für das laufende Jahr. Mit besten freisinnigen Grüßen

Ihr Gerold Bührer

## Von Costa zu Hengggi

### Ein Berner ersetzt den Puschlaver auf dem GS

Nach seiner Wahl zum persönlichen Mitarbeiter von Bundesrat Schmid wechselt – für alle überraschend – Stefan Costa vom FDP GS ins VBS. Vor vier Jahren hat der gebürtige Puschlaver als politischer Mitarbeiter bei der FDP Schweiz seine Tätigkeit angefangen. Zwei Jahre später übernahm er die Führung des Fraktionssekretariates. Seine Nachfolge tritt am 1. März 2002 Bruno Hengggi an. Hengggi ist Bürger von Erlenbach BE und ist am 27. Januar



1959 geboren. Von 1974–78 besuchte er das Gymnasium und studierte 1978–81 an der Uni Bern

(Geschichte/Staatsrecht). 1981–83 Staatliches Seminar. Bruno Hengggi ist verheiratet und bekleidet

im Militär den Grad eines Fachoffiziers. Seinen Dienst leistet er im Info Rgt 1. Weiterbildungen auf den verschiedensten Ebenen werden ihm in seiner Tätigkeit als Fraktionssekretär die Aufgabe erleichtern. Beiden Kollegen wünscht der «Freisinn» viel Spass in ihrer neuen Aufgabe. ■

# Tour d'horizon mit Bundesrat Couchepin

Abstimmungsthemen und aktuelle Fragen standen im Zentrum



Am Vorabend der DV hielt Bundesrat Pascal Couchepin fest: «Menschen mit einer tieferen Produktivität fallen in der Schweiz nicht aus dem Arbeitsmarkt.»

Im Vorfeld der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Tramelan lud Bundesrat Pascal Couchepin zu einem «erweiterten Pressegespräch» ins Centre interrégional de perfectionnement (CIP). Moderiert von Bernard Wüthrich, Bundeshausredaktor der Zeitung «Le Temps», äusserte sich der EVD-Vorsteher gegenüber den zahlreichen Zuhörern, darunter viel nationale FDP-Prominenz, zu Fragen der Tagespolitik.

Von Rolf Löffler/rus

Von Wüthrich auf die sich abkühlende Konjunktur angesprochen, sieht Couchepin «angesichts der realen Lage Pessimismus fehl am Platz». Die Konsumentenstimmung sei nach wie vor gut, und er hofft auf einen Aufschwung in der zweiten Jahreshälfte.

## Liberales System sozialer

Die steigenden Arbeitslosenzahlen relativierte der Volkswirtschaftsminister in einem Vergleich mit andern Ländern. Obwohl ein Stellenverlust für den Einzelnen eine persönliche

## Das Schweizer System ist sozialer

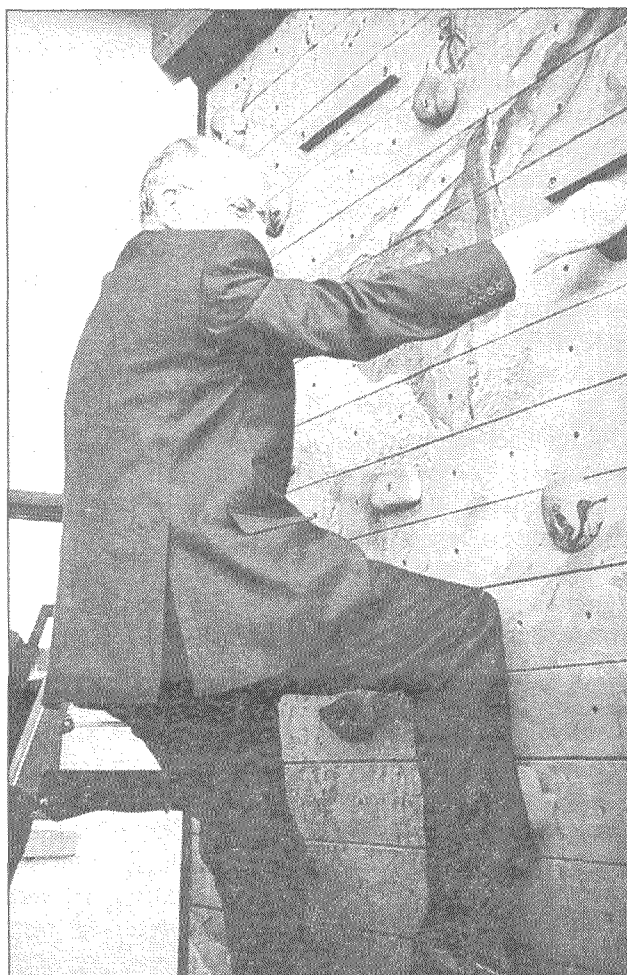
Die gewerkschaftliche Forderung nach Einführung der 36-Stunden-Woche sei kein probates Mittel, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Länder mit kürzeren Arbeitszeiten hätten erwiesenermassen höhere Arbeitslosenzahlen. Und bei der Debatte um die Verkürzung der Arbeitszeit gehe ein wichtiger Aspekt oft vergessen: Menschen, die keine hohe Produktivität aufbringen können, seien zum Beispiel in Frankreich mit seiner 35-Stunden-Woche je länger, je mehr vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen.

«Das liberale Schweizer System mit längeren Arbeitszeiten und tieferer Produktivität integriert viel mehr Menschen in den Arbeitsmarkt und ist deshalb sozialer», betonte Couchepin. Auf die Frage des Journalisten zur anstehenden Revision des Kartellgesetzes machte der Volkswirtschaftsminister wohl das Eingeständnis,

Tragödie bedeutet, «steht die Schweiz mit 2,4 Prozent Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich gut da», so Couchepin.



Aufmerksame Zuhörer und kritische Fragesteller. Bilder: rus



An der Kletterwand unter dem Motto «2002 Uno Jahr der Berge» bewies Couchepin, dass man sich auf dem Weg nach oben vorausschauend auf die nächsten «Griffe» konzentrieren müsse.

dass die Medikamentenpreise in der Schweiz zu hoch seien. «Doch darf man auch die Frage der Sicherheit nicht ausser acht lassen», fügte er wörtlich an. Generell plädierte er in diesem Punkt für ein behutsames Vorgehen.

## Keine Risiken bei Beitritt

Kein Bundesratsauftritt vor dem 3. März ohne das Thema Uno. Couchepin nannte einen Beitritt der Schweiz «important et vital

pour notre pays», aber keine Schicksalsfrage. Ein Nein würde ein schlechtes Bild für ein Land abgeben, das in Genf den Uno-Sitz beherbergt. Er bezeichnete die Uno als das Gremium, wo die wichtigen globalen politischen Fragen diskutiert würden. Ein Beitritt würde der Schweiz nur Vorteile bringen, Risiken müsste unser Land keine in Kauf nehmen, schloss Pascal Couchepin den Tour d'horizon zu den aktuellen tagespolitischen Fragen. ■

## Nein zur 36-Stunden-Woche

### Unnötiges Arbeitszeit-Diktat der Gewerkschaften

**Am 17. Dezember 2001 wurde das überparteiliche schweizerische Komitee «Nein zur 36-Stunden-Woche» gegründet. Dem breit abgestützten Komitee unter Federführung der FDP haben sich bisher über 150 Parlamentarier von CVP, SVP, LPS und EVP angeschlossen.**

Das breit abgestützte überparteiliche Komitee unter Federführung der FDP bekämpft vehement die am 3. März 2002 zur Abstimmung gelangende Volksinitiative «Für eine kürzere Arbeitszeit». Dem Komitee gehören Parlamentarierinnen und Parlamentarier aller bürgerlichen Bundesratsparteien sowie der LPS und der EVP an.

#### Drei wichtige Punkte dagegen

Das Komitee «Nein zur 36-Stunden-Woche» bekämpft die Volksinitiative, weil sie zu weniger Wohlstand, weniger Sicherheit und weniger Freiheit führen würde:

■ **weniger Wohlstand:** Mit einer starren staatlichen Regelung der Ar-

beitszeit werden wir alle ärmer. Wir haben weniger Geld in der Tasche. Der Wohlstand unseres Landes geht zurück. Eine gewerkschaftlich verordnete 36-Stunden-Woche ohne entsprechende Lohnreduktion erhöht die Produktionskosten. Der Wirtschaftsstandort Schweiz wird geschwächt, unser Wohlstand sinkt.

■ **weniger Sicherheit:** Eine starre staatliche Regelung der Arbeitszeit kostet uns Sicherheit. Je mehr wir die vorgeschriebene Höchstarbeitszeit senken, desto mehr nimmt die Schwarzarbeit zu. Denn es wird immer Leute geben, die trotz staatlichem Verbot mehr arbeiten, weil sie mehr verdienen wollen. Schwarzarbeit jedoch ist nicht im Interesse der Allgemeinheit – und sie kann auch nicht im Interesse der Gewerkschaften sein. Bei Schwarzarbeit werden keine Beiträge an unsere soziale Sicherheit gezahlt: Unsere soziale Sicherheit wird ausgehöhlt.

■ **weniger Freiheit:** Arbeit ist keine Schande. Eine starre staatliche Regelung der Arbeitszeit schränkt die Freiheit ein. Die Initiative bevormundet die Erwerbstätigen. Sie ist ein Verbot, durch mehr Arbeit mehr Geld zu verdienen. Die starre staatliche 36-Stunden-Woche liegt völlig quer in der Land-

schaft. Sie widerspricht den effektiven Bedürfnissen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Der Trend geht in Richtung Flexibilisierung der Arbeitszeit.

#### Keine starren Vorschriften

Das überparteiliche Komitee «Nein zur 36-Stunden-Woche» ist überzeugt, dass in Zukunft nicht starre Vorschriften gefragt sind, sondern flexible Arbeitszeitmodelle, die sich den veränderten Bedürfnissen von Arbeitnehmern

und Arbeitgebern anpassen. Wir brauchen keine Modelle von gestern, sondern eine zukunftsfähige Arbeitszeitgestaltung. Nur so werden wir den individuellen Bedürfnissen gerecht und bleibt unser Land auch in Zukunft wettbewerbsfähig.

Auch Bundesrat und Parlament sagen deutlich Nein zur Volksinitiative «Für eine kürzere Arbeitszeit». ■

## www.fdp-gr.ch

### Neuer Internetauftritt FDP Graubünden

**Seit einiger Zeit verfügt die Freisinnig Demokratische Partei FDP Graubünden über einen neuen, modernen und zeitgemässen Internet-Auftritt.**

Von Silvio Zuccolini,  
Pressechef  
FDP Graubünden

Die neue Homepage ist als Portal konzipiert. Von einer Oberfläche aus sind alle parteirelevanten Internetbeiträge und Adressen abrufbar, so unter anderem personelle Angaben über die Kantonalpartei, Standpunkte, Terminpläne, Adressen und aktuelle Presseinformationen. Über das Portal gelangt man auch zur Grossratsfrak-

tion, zu den Kreis- und Ortsparteien und zu weiteren Personen der FDP Graubünden. Die Homepage ist zudem mit verschiedenen Bildern, Graphiken und Karten illustriert. Selbstverständlich beinhaltet das Portal aktuell auch eine Linkverbindung zur Homepage des Regierungsratskandidaten Martin Schmid unter [www.martin-schmid.ch](http://www.martin-schmid.ch). Ein wei-

terer Link führt zur Homepage des Kantons Graubünden unter [www.gr.ch](http://www.gr.ch). Auch die Geschichte der FDP Graubünden ist gut lesbar und übersichtlich dargestellt. Weitere Linkverbindungen zur FDP Schweiz und zu übrigen FDP-Kantonalparteien sind selbstverständlich. Die FDP Graubünden selber ist unter [www.fdp-gr.ch](http://www.fdp-gr.ch) erreichbar. ■

#### So erreicht man die FDP Graubünden über Internet:

1. Variante (direkter Zugang) [www.fdp-gr.ch](http://www.fdp-gr.ch)
2. Variante (über die Homepage Martin Schmid) [www.martin-schmid.ch](http://www.martin-schmid.ch)
3. Variante über über Kanton Graubünden [www.gr.ch](http://www.gr.ch)

#### Impressum

##### Schweizer Freisinn

24. Jahrgang  
Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 70 800 Exemplaren.

**Herausgeberin/Redaktion**  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz  
Redaktion: Ruedi Schläpfer (rus). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.  
Postfach 6136, 3001 Bern  
Telefon 031 320 35 35  
Fax 031 320 35 00  
E-Mail [schlaepfer@fdp.ch](mailto:schlaepfer@fdp.ch)  
Internet [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

##### Inserate

Kretz AG  
Verlag und Annoncen  
General Wille-Strasse 147  
8706 Feldmeilen  
Telefon 01 925 50 60  
Fax 01 925 50 77  
E-Mail  
[fdp.annoncen@kretzag.ch](mailto:fdp.annoncen@kretzag.ch)  
Internet [www.kretzag.ch](http://www.kretzag.ch)

##### Layout/Druck: NZZ PRINT

Postfach, 8021 Zürich  
Telefon 01 258 15 02  
Fax 01 258 18 99  
ISDN 01 773 11 15  
(alle Protokolle)  
E-Mail [print@nzz.ch](mailto:print@nzz.ch)  
Internet [www.nzzprint.ch](http://www.nzzprint.ch)

#### Co-Präsidium:

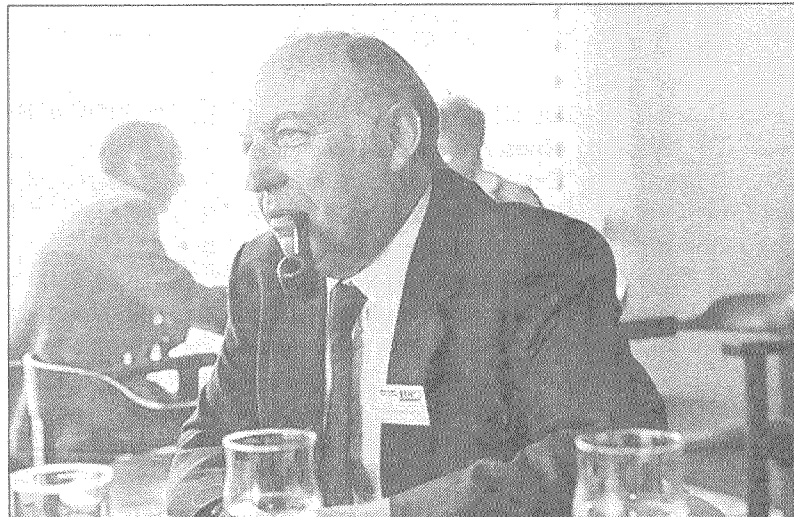
- NR Johann N. Schneider-Ammann (FDP/BE)
- NR Jean-Philippe Maitre (CVP/GE)
- NR Peter Spuhler (SVP/TG), NR Christine Wirz-von Planta (LPS/BS)

# Hans Rudolf Leuenberger 80-jährig

Herzliche Gratulation dem ehemaligen FDP-Generalsekretär

Am 14. Januar konnte der langjährige Generalsekretär der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Hans Rudolf Leuenberger, seinen 80. Geburtstag feiern.

chb. Der in Biel geborene und immer noch dort wohnhafte Jubilar eröffnete nach dem Studienabschluss als bernischer Fürsprecher in der Seeland-Metropole ein Anwaltsbüro. Die politische Karriere des «Vollblutpolitikers» Leuenberger begann 1952 mit der Wahl in den Bieler Stadtrat, den er 1963/64 präsidierte, und führte über den nichtständigen Gemeinderat in den Grossen Rat des Kantons Bern. Diesem stand er 1976/77 vor, als es auch den «Rat der 187» zu leiten galt, um die verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen des



Hans Rudolf Leuenberger arbeitete während seiner Tätigkeit als Generalsekretär mit neuen freisinnigen Bundesräten zusammen. Ohne Bild: Paul Chaudet (Wahljahr 1954), Hans Schaffner 1961, Nello Celio 1966, Ernst Brugger 1969.

führte in geduldiger Kleinarbeit die oft divergierenden Interessen der freisinnigen Grossfamilie wieder zusammen. Sein Sinn und Gespür für das vermittelnde Ausgleichende prägten sein Wirken und trugen zusammen mit seiner Überzeugungskraft zum Erfolg in der föderalistisch aufgebauten Partei mit. Er war nicht nur Ideenlieferant und politischer Vordenker, sondern auch ein gewiefter Taktiker sowie ein routinierter Wahl- und Abstimmungskämpfer. Sein persönlicher politischer Leis-

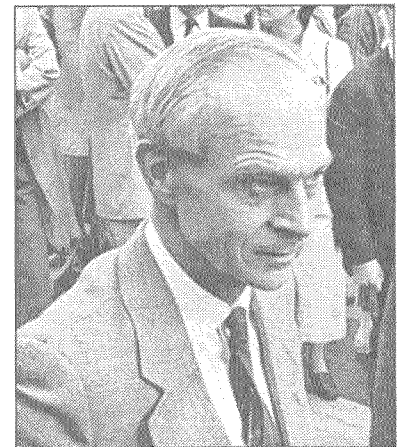


Elisabeth Kopp

tungsausweis, seine organisatorische Erfahrung und sein ausserordentlich hohes Mass an Loyalität machten ihn zum wertvollen Berater von sieben Partei- und elf Fraktionspräsidenten. In seiner Amtszeit wurde die FDP zur mitgliederstärksten Partei des Landes mit der grössten Fraktion in der Bundesversammlung. In seiner Tätigkeit kamen ihm seine weit über die Parteigrenzen hinaus anerkannte hohe Vermittlungsfähigkeit, sein diplomatisches Geschick, seine Fähigkeit,

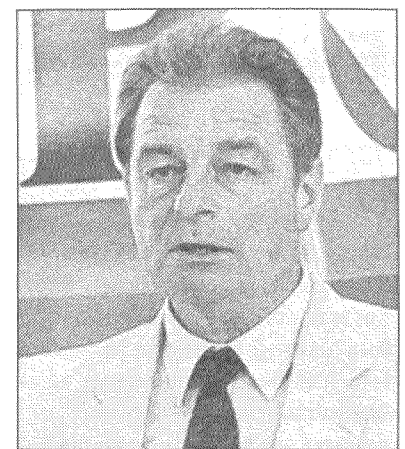


Fritz Honegger



Rudolf Friedrich

anderen zuhören zu können, sowie seine Diskretion zugute. Er stellte seine Person immer hinter übergeordnete Interessen; nie hat er sich in den Vordergrund gedrängt; nie hat er seine Persönlichkeit im Mittelpunkt zu sehen gewünscht. Nicht nur die FDP konnte auf seinen Rat und seine reiche politische Erfahrung zählen, sondern auch unzähligen gemeinnützigen Organisationen und Institutionen



Jean-Pascal Delamuraz

im Kanton Bern und dabei insbesondere im Seeland. Wenn der Begriff des Dienstes für die Res publica für einmal zutrifft, dann sicher für HRL, wie er noch heute im Bekanntenkreis genannt wird. ■



Georges-André Chevallaz

«Kantons in seinen neuen Grenzen» (also ohne den heutigen Kanton Jura) zu schaffen. Schweizweit bekannt geworden ist Hans Rudolf Leuenberger als FDP-Generalsekretär. Diese Aufgabe nahm er zwischen 1954 und 1988 wahr. In einer sich personell unablässig erneuernden Organisation war er nicht nur Garant einer flexiblen Kontinuität, sondern

## FDP kann Buwal-Moratorium nicht akzeptieren

*Ein eigenmächtiger Entscheid gegen den Forschungsplatz Schweiz*

**Das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal) hat ein Gesuch des Instituts für Pflanzenwissenschaft der ETH Zürich für einen Freisetzungsversuch mit gentechnisch verändertem Weizen abgewiesen. Entgegen dem politischen Willen des Gesetzgebers schafft das Buwal damit de facto ein Moratorium. Die FDP kann die eigenmächtige Haltung eines zunehmend politischen Buwal nicht akzeptieren und verlangt vom Bundesrat, dass er eingreift und den politischen Willen des Gesetzgebers auch im Departement Leuenberger durchsetzt. Andernfalls muss dem Buwal diese Entscheidungskompetenz entzogen werden.**

«Kontrolle statt Verbote»: Dieses Prinzip gilt in der Schweiz in Sachen Gentechnologie seit der Ablehnung der fundamentalistischen Genverbotsinitiative 1998. Der vorgestrige Entscheid des Buwal, entgegen der Empfehlung der Eidgenössischen Fachkommission für biologische Sicherheit das gesicherte Freisetzungsgesuch der ETH Zürich abzu-

lehnen, ist weder nachvollziehbar noch akzeptabel. Die versuchte Verhinderung nur schon des Gesuchs und die Hinhaltenaktik über ein Jahr hinweg zeigen wie der Entscheid selbst, dass die Handlungsweise des Buwal politisch motiviert ist. Statt den demokratischen Prozess zu akzeptieren und die geltenden gesetzlichen Hürden vernünftig anzu-

wenden, wird fundamentalistische Verhinderungspolitik betrieben. De facto schafft das Buwal durch die Hintertüre eine Situation, die dem bisher auch in den eidgenössischen Räten nicht mehrheitsfähigen Gentech-Moratorium gleichkommt. Dem Forschungsplatz Schweiz wird mit dem dritten abgelehnten Gesuch in Serie eine wichtige Perspektive ge-

raubt. In anderen Staaten wird bereits intensiv mit Freisetzungsversuchen geforscht. Die Schweiz hätte hier die Chance, mit der Umsetzung ihrer hohen Sicherheitsstandards eine Vorreiterrolle im Schutz vor unerwünschten Auswirkungen zu spielen. Diese kommt aber nur zum Tragen, wenn eine Gesuchgenehmigung überhaupt erreichbar ist – und dies scheint beim heutigen Buwal nicht der Fall zu sein. Die FDP ist nicht bereit, das eigenmächtige, den Ruf der Schweiz als Forschungsplatz schädigende Handeln des Buwal ohne weiteres hinzunehmen. Auch das EDI-Bundesamt für Gesundheit, die Bun-

desämter für Landwirtschaft und Veterinärwesen sowie die Ethikkommission für die Gentechnik im ausserhumanitären Bereich haben eine positive Empfehlung abgegeben. Die FDP verlangt vom Bundesrat, dass er eingreift und den Willen des Gesetzgebers auch im Departement Leuenberger und insbesondere im Buwal durchsetzt. Der politisch begründete Entscheid des Buwal-Direktors ruft dringend nach politischer Führung. Ansonsten muss dem Buwal die Entscheidungskompetenz über derartige Gesuche entzogen werden. ■

## Fachtagung für Forschungsplatz Schweiz

*FDP bringt Forscher und Politiker an einen Tisch*

**Nach dem eigenmächtigen Entscheid des Buwal, ein Gesuch des Instituts für Pflanzenwissenschaft der ETH Zürich abzuweisen, begrüsst die FDP den Grundsatzentscheid des Schweizerischen Nationalfonds bezüglich der möglichen Unterstützung von Forschungsvorhaben mit Einbezug von embryonalen Stammzellen. Mit der Formulierung klarer Voraussetzungen und Bedingungen wird Missbrauch wirksam verhindert, ohne dabei das geplante Bundesgesetz über die Forschung am Menschen zu präjudizieren. Gleichzeitig wird den Bedenken der Ethikkommission Rechnung getragen. Die FDP wertet den Entscheid als positives Signal für den Forschungsplatz Schweiz.**

Die FDP begrüsst den positiven Grundsatzentscheid des Schweizerischen Nationalfonds vom 28. September 2001 betreffend

die Unterstützung von Forschungsvorhaben, welche den Einbezug von embryonalen Stammzellen vorsehen.

Nach Meinung der FDP wird mit der Formulierung klarer Voraussetzungen und Bedingungen für den Einbezug embryonaler

Stammzellen wie namentlich der verlangten Zustimmung der betroffenen Eizellen- respektive Samenzellenspender sowie dem Ausschluss kommerzieller Zwecke, ein allfälliger Missbrauch wirksam verhindert, ohne dass dabei die anstehende Diskussion um das geplante Bundesgesetz über die Forschung am Menschen vorweggenommen oder präjudiziert wird. Gleichzeitig trägt der Nationalfonds mit

den festgelegten Rahmenbedingungen auch den von der Ethikkommission am 26. September 2001 publizierten Bedenken sinnvolle Rechnung. Die FDP wertet den Entscheid des Nationalfonds als positives Signal für den Forschungsplatz Schweiz sowie als wichtiges Zeichen, für eine sachliche und differenzierte Auseinandersetzung mit der Thematik. ■

## Einladung zur Fachtagung

*Forschung und Politik:  
Partner oder Gegner?*

Am Beispiel der **ausserhumanen Gentechnologie** und **Stammzellenforschung**

### Samstag, 2. Februar 2002

9.00 bis 14.00 Uhr, Hotel Kreuz\*, Zeughausgasse 41, Bern

Anmeldefrist: Mittwoch, 30. Januar 2002

Kosten: Fr. 20.- (Bezahlung vor Ort)

Mit freundlichen Grüssen:

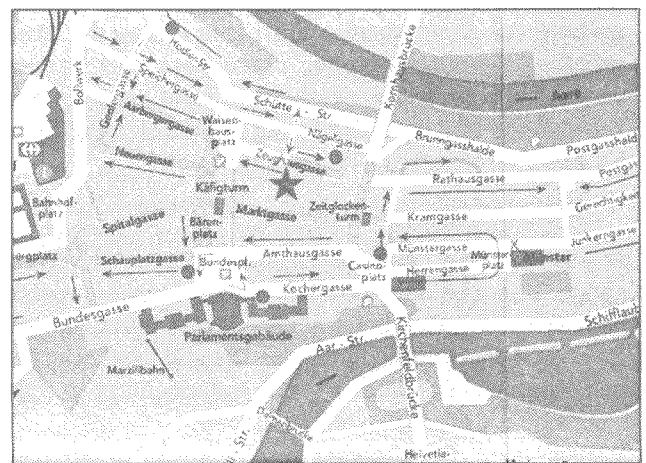
**Ausschuss für Gentechnologie FDP Schweiz**

Die Präsidentin: Helen Leumann

Der Sekretär: Sébastien Leprat

FDP Schweiz, Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern

Tel. (031) 320 35 19, Fax (031) 320 35 00, E-Mail: leprat@prd.ch



Termine

## Fachtagung

### Gentechnologie im ausserhumanen Bereich

- 9.00 Uhr** Kaffee/Gipfeli
- 9.30 Uhr** Begrüssung und Einführung durch Ständerätin Helen Leumann (LU), Präsidentin des Ausschusses für Gentechnologie, FDP Schweiz
- 9.40–10.00 Uhr** **Die Forschung an Pflanzen, eine Technologie der Zukunft**  
PD Dr. Christof Sautter, Institut für Pflanzenwissenschaften (ETHZ)
- 10.00–10.20 Uhr** **Die Forschung und die Industrie: Eine Vernunftfehle für eine moderne Landwirtschaft!**  
Heinz Imhof, Präsident des Verwaltungsrates Syngenta
- 10.20–10.40 Uhr** **Die Würde der Tiere: Selbstverantwortung der Menschen**  
Professor Beat Sitter, Universität Freiburg
- 10.40–11.30 Uhr** **Diskussion**  
*Moderatorin:* Helen Leumann, Ständerätin (LU)  
*Teilnehmer:* Christine Beerli, Ständerätin (BE), Professor Rainer Schweizer, Universität St. Gallen (HSG), Christiane Langenberger, Ständerätin (VD), Johannes Randegger, Nationalrat (BS), Referenten
- 11.30 Uhr** Buffet

### Stammzellenforschung

- 12.00 Uhr** Einführung  
Helen Leumann, Ständerätin (LU), Präsidentin des Ausschusses für Gentechnologie, FDP Schweiz
- 12.10–12.30 Uhr** **Die Wichtigkeit für den Forschungsstandort**  
Professor Heidi Diggelmann, Präsidentin der Forschungskommission des Schweiz. Nationalfonds
- 12.30–12.50 Uhr** **Ein neuer Schritt zur Medizin der Zukunft**  
Professor Karl-Heinz Krause, Universität Genf, «Laboratory of ageing biology»
- 12.50–13.10 Uhr** **Zwischen ethischen Fragen und medizinischen Chancen**  
Professor Ewald Weibel, Vizepräsident der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften
- 13.10–14.00 Uhr** **Diskussion**  
*Moderatorin:* Helen Leumann, Ständerätin  
*Teilnehmer:* Michèle Berger-Wildhaber, Ständerätin (NE), Felix Gutzwiller, Nationalrat (ZH), Charles Favre, Nationalrat (VD), Fritz Schiesser, Ständerat (GL), Referenten

## Neugestaltung des Finanzausgleichs

### Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen: Vorteile Kantone

Mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) zwischen Bund und Kantonen soll der Föderalismus gestärkt werden. Durch ein transparentes und effizientes Ausgleichssystem sowie mehr frei verfügbare Mittel sollen die Kantone mehr Raum für freie Aktion erhalten. Der reine Vollzugsföderalismus wird zurückgedrängt. Eine faire Abgeltung von Sonderlasten führt zum Abbau der Steuerbelastungsunterschiede, ohne dass der Steuerwettbewerb darunter leidet. Insgesamt liegt ein ausgewogenes und unter Einbezug des Härteaushleichs für alle vorteilhaftes Gesamtpaket vor.

Anlass für die grundlegende Überarbeitung des bestehenden Finanzausgleichs ist die Unzufriedenheit über dieses unübersichtliche Geflecht von Massnahmen. Ein wesentlicher Teil der Geldströme läuft über zweckgebundene Beiträge, was unerwünschte und kostspielige Nebenerscheinungen hervorruft. Mit falschen Anreizen werden die Kantone dazu gebracht, quasi die Subventionen beim Bund abzuholen. Kantonale Aufgaben werden so zu teuer gelöst. Zudem erodieren in der föderalistischen Wirklichkeit die kantonalen Kompetenzen, Aufgaben werden auf Bundesebene zentralisiert. Statt Zusammenarbeit unter den Kantonen droht Alleingang. Das deprimierende Fazit des heutigen Finanzaus-

gleichs lautet: Mit verhältnismässig viel Geld wird relativ wenig erreicht, und die Disparitäten zwischen den Kantonen haben zugenommen.

#### Föderalismusförderung

Die NFA bildet Teil einer allgemeinen Föderalismusreform, indem Leistungsfähigkeit und Eigenfinanzierung der Kantone gestärkt werden sollen. Die Kantone sollen mehr Kompetenzen sowie klare Aufgaben und eine höhere operationelle und finanzielle Unabhängigkeit erhalten. Letztere erfolgt unter anderem mittels einer politischen akzeptablen Umverteilung der Mittel zwischen reichen und armen Kantonen. Es ist klar, dass es dabei Nehmer- und Geberkantone geben wird.



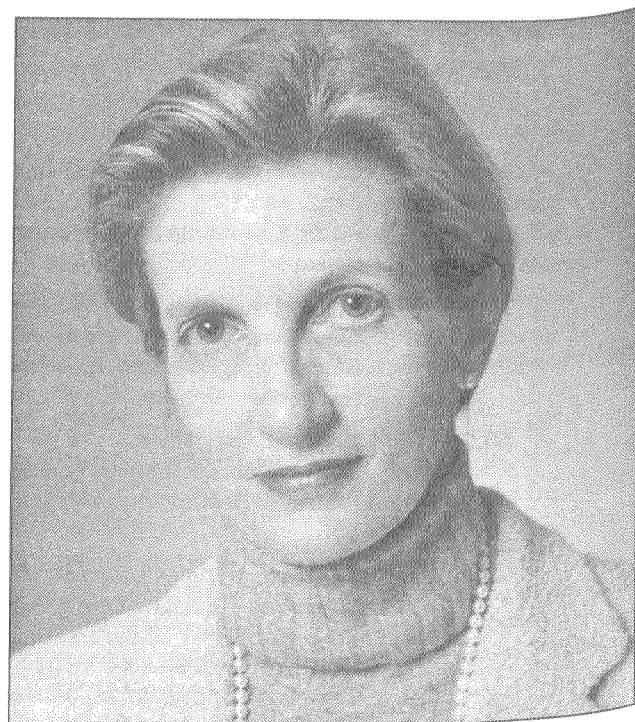
Marianne Kleiner Schläpfer.

Die NFA besteht aus einem revidierten Ausgleichssystem und einer neuen Aufgabenzuordnung gemäss den Grundprinzipien von Subsidiarität und fiskalischer Äquivalenz. Subsidiarität heisst, dass die übergeordnete Gebietskörperschaft eine Aufgabe nur übernehmen soll, wenn sie diese besser erfüllen kann als die untergeordnete. Fiskalische Äquivalenz besagt, dass sich der Kreis der Nutzniesser mit demjenigen der Kosten- und Entscheidungsträger decken muss.

#### Sinn des Ganzen

Die Reform des Finanzausgleichs im weiteren Sinne schliesst alle zweckgebundenen und nicht zweckgebundenen Mittelübertragungen (Transfers) ein, die mit der Aufgaben- und Ein-

teilt sich auf in einen «ressourcenorientierten» Finanzausgleich und einen «lastenorientierten». Der ressourcenorientierte Finanzausgleich ist ein neues Element. Er hat zum Ziel, die Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kantone zu verringern. Sein Grundprinzip heisst: weg von objekt- und ausgabenorientierten Subventionen, hin zu einer generell gleichmässigeren Ausstattung der Kantone mit frei verfügbaren Mitteln. Der lastenorientierte Finanzausgleich will durch zwei vertikale, nicht zweckgebundene Flüsse vom Bund zu den Kantonen strukturelle Lasten abgelenken, welche sich auf Grund der Berggebiets- bzw. Zentrumslage ergeben. Im einen Fall werden durch einen geographisch-



Gabi Huber.

Anzeige

bis 80 Personen

**CH'BOUCHEE** 天香樓

Chinoise-, Bourguignonne-, Cheese Fondues

**SPYCHER FONDUE-HOUSE**

Eisengasse 15 ▲ 6004 Luzern ☐ Switzerland

▲ Phone +41-41-412 37 37 ▲  
▲ Fax +41-41-410 43 53 ▲  
▲ e-mail: restaurant@fondue-house.ch ▲  
▲ www.fondue-house.ch ▲



topographischen Lastenausgleich die Lasten der Berggebiete und im anderen durch einen soziodemographischen Lastenausgleich die besonderen Lasten der Ballungszentren abgebaut.

## Wettbewerbsverzerrung abbauen

Durch die Reform der Steuerordnung soll der föderale Wettbewerb erhalten, Wettbewerbsverzerrungen jedoch abgebaut und so für alle Akteure möglichst gleichartige Bedingungen geschaffen werden. Dennoch will die NFA den Steuerwettbewerb erhalten durch die sogenannte formelle Steuerharmonisierung und einem horizontalen Lastenausgleich zwischen den Kantonen. Da-

durch werden beispielsweise Zentrumslasten – im Bereich der beiden Kantone Appenzell und St. Gallen vorwiegend die Infrastrukturleistungen von Stadt und Kanton St. Gallen im Bereich von Kultur und Transport – verursacher- oder leistungsempfängergerecht auch regional ausgeglichen. Eine untaugliche Alternative wäre die materielle Steuerharmonisierung, nach welcher Steuerpflichtige in allen Kantonen gleich hohe Steuern zu bezahlen hätten. Dies würde den unterschiedlichen Ausgabengewohnheiten und Anspruchshaltungen in den verschiedenen Landesgegenden in keiner Weise gerecht. Zudem würde die Staatsquote und damit die

Steuerbelastung mit Sicherheit ansteigen.

## Die Zielsetzung der NFA ergibt sich zusammenfassend wie folgt:

- Steigerung der Wirksamkeit des Ausgleichsystems. Der Finanzausgleich im engeren Sinn soll eine Verringerung der Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kantone herbeiführen, die kantonalen Steuerbelastungsunterschiede verringern, nicht beeinflussbare Sonderlasten für Gebirgs- und Zentrums Kantone abgelten und die politische Steuerbarkeit des Systems sicherstellen.
- Klärung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Kantonen.

Durch die Aufgabenteilung kann die Zentralisierungstendenz gebrochen und dank der Klärung der Kompetenzen eine optimale Mittelverwendung erwartet werden: Die staats- und finanzpolitische Handlungsfähigkeit von Bund und Kantonen wird erhöht. Durch interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich kann der Problematik externer Effekte (Spillovers) begegnet werden.

- Stärkung der bundesstaatlichen Zusammenarbeit. Neue Zusammenarbeitsformen zwischen Bund und Kantonen (z. B. ziel- und leistungsorientierte Vereinbarungen) sollen die Mängel der heutigen kostenorientierten Einzelobjektfinanzierung behe-

ben. Die Ergebnissteuerung wird durch Wirkungskontrollen sichergestellt. Fazit: Es gibt keine vernünftige Alternative zur NFA. Sie stellt auf Grund ihrer Ausgewogenheit für die Schweiz eine grosse Chance dar. Um der bewährten Institution Föderalismus ein nachhaltiges Fundament zu verschaffen, gilt es, die NFA zu einem guten Ende zu führen, bevor neue Zerreihsproben auf die Schweiz zukommen.

*Marianne Kleiner  
Schläpfer,  
Regierungsrätin,  
Finanzdirektorin  
Gabi Huber,  
Regierungsrätin*

# Mitarbeiter des Generalsekretariates

## Who's who? – Praktikum

### Michel Fischer

#### Geburtsdatum:

3. Juni 1976

#### Bürgerort:

Schaffhausen

#### Wohnort:

Bern

#### Zivilstand:

ledig

#### Konfession:

Katholisch

#### Hobbys:

Tennis, Lesen

#### Ausbildung:

- 1996: Maturität
- 2001: lic. phil. I an der Universität Freiburg (Geschichte, Deutsche Literatur)

#### Vorherige Tätigkeit:

- Verschiedene Vikariate an der Oberstufe während des Studiums

#### Meine Aufgabe im GS:

- Praktikum vom 1. Dezember 2001 bis 30. Juni 2002
- Mitarbeit Vorbereitungen eidgenössische Wahlen 2003 (z. B. operativer Wahlausschuss, strategischer Wahlausschuss)



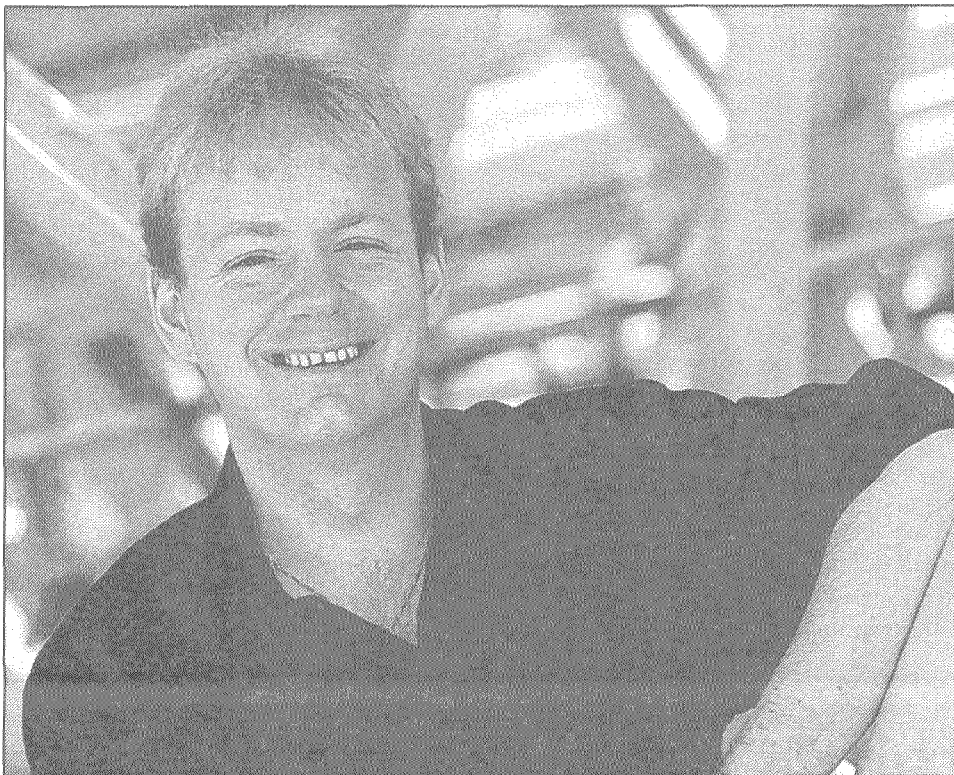
## Veränderte Ausgangslage seit 1986

### Ja zur Uno – Nein zum Abseitsstehen der Schweiz

Seit der letzten Uno-Abstimmung 1986 hat sich die Welt verändert. Diese Veränderungen haben positive Auswirkungen und Chancen hervorgebracht, beinhalten aber auch Risiken.

Von Daniel Helfenfinger,  
Präsident Jungfreisinnige  
Schweiz

Die Bedrohung richtet sich gegen die gesamte Wirtschaft, die Umwelt, die Gesundheit oder das soziale Umfeld und somit auch direkt auf uns – die Schweiz und ihre Bewohner. Wir müssen uns im Klaren sein, dass jede weltpolitische und weltwirtschaftliche Entwicklung sich unmittelbar auf unser Land auswirkt. Die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit haben uns dies drastisch vor Augen geführt. Der einzige Weg, der sich bietet, um diese Probleme in dem Kontext anzugehen, in welchem sie sich stellen – also im globalen Umfeld –, ist der Beitritt zur Uno.



Daniel Helfenfinger

#### Ein Beitritt mit Vorteilen für die Schweiz

Der Beitritt der Schweiz zur Uno hat nicht nur einen positiven Imageeffekt. Er bedeutet in erster Linie die Wahrung der Interessen unseres Landes. Schweizerinnen und Schweizer sollen dort mitreden und mitentscheiden können,

wo weitreichende und wichtige Beschlüsse gefällt werden. Entscheide, welche auch uns betreffen. Nur mit einem Beitritt können wir unsere Anliegen in die Uno einbringen und diesen zum Durchbruch verhelfen.

Als klassisches Exportland verdient die Schweiz jeden zweiten Franken mit dem internationalen Handel. Aus diesem Grund haben wir ein ureigenes Interesse an stabilen demokratischen Verhältnissen sowie an Wohlstand und Sicherheit in der ganzen Welt. Durch ihre Leistungen trägt die Uno im Entwicklungsbereich und in der Menschenrechtspolitik zur Stabilität bei und verbessert Bildungsstand und Gesundheit der Bevölkerung.

Stabile politische Verhältnisse helfen, unsere Auslandsinvestitionen zu sichern. Sie erlauben die Erschliessung neuer Märkte und steigern die Exportchancen unserer Wirtschaft. Ohne sie gibt es auch keinen Wohlstand bei uns.

#### Die Tradition der Guten Dienste weiterführen

Eines unserer wichtigsten Instrumente, mit dem wir helfen, internationale Konflikte friedlich beizulegen, sind die Guten Dienste (Konfliktverhinderung, Friedensgipfel, Übernahme von diplomatischen Vertretungen), welche die Schweiz anbietet. Unser Land hat eine lange Tradition in der Erbringung solcher wertvollen und hoch-

geschätzten Hilfeleistungen. Darauf stützt sich auch der nach wie vor gute Ruf der Schweiz. Diese Dienste kann die Schweiz nur dann vollwertig anbieten, wenn sie in das Netz der internationalen Diplomatie eingebunden ist. Die Entwicklungen in den letzten Jahren haben gezeigt, dass die Schweiz auch in diesem Bereich ins Abseits gerät. Nur durch einen Uno-Beitritt können wir diese wertvolle humanitäre Tradition weiterführen und ausbauen. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir nicht die Party organisieren können, wenn wir nicht Mitglied des Clubs sind!

#### Zwingendes Völkerrecht im Bereich der Uno bindet selbst Nichtmitglieder

Es gilt festzuhalten, dass Entscheide der Uno im Bereich des zwingenden Völkerrechts selbst ein Nichtmitglied binden. Juristische Fakten wie diese kann man auch am besten «Buurezmorge» nicht wegdiskutieren.

Wer als Nichtmitglied Sanktionsentscheide der Uno, d.h. der Staatengemeinschaft, nicht mitträgt, ist nicht neutral, sondern hilft denjenigen (Verbrecher-)Staaten, gegen welche die Vereinten Nationen diese Massnahmen erlassen haben.

Anzeige

Internet: [www.schwefelberg.ch](http://www.schwefelberg.ch) E-Mail: [info@schwefelbergbad.ch](mailto:info@schwefelbergbad.ch)

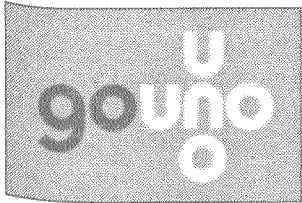
**Fangokuren in der Schweiz!**  
Schwefelberg-Bad ist ein anerkanntes Heilbad und verfügt einzig in der Schweiz über frischen Naturfango aus eigener Schwefelquelle  
Schwefelberg-Bad:  
ideal für Kur, Sport und Ferien!

★★★★  
Romantik Kurhotel  
**Schwefelbergbad**

CH-1738 Schwefelberg-Bad/BE  
Telefon 026 419 33 66  
Fax 026 419 24 08

## Überparteilich: Komitee der Jugendparteien

Swiss Bands go Uno – [www.gouno.ch](http://www.gouno.ch)



DH. Auf Initiative der Jungfreisinnigen Schweiz (JF Schweiz) wurde das überparteiliche Jugendkomitee go Uno gegründet. Dieses besteht aus den Jungfreisinnigen Schweiz (JF Schweiz), den Jungen Christdemokraten (JCVP), den Jungsozialisten

(JUSO) und der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV).

### Keine Frage von links oder rechts

Die Jugend der Schweiz ist weltoffen und befürwortet den Uno-Beitritt. Aus diesem Grund setzen sich die fortschrittlichen Jungparteien gemeinsam dafür ein. Des Weiteren ist der Uno-Beitritt ein politisch breit abgestütztes Anliegen. Sprechen doch sowohl entwick-

lungspolitische und wirtschaftliche als auch solidarische, soziale und ökologische Gründe für ein Ja. So gesehen ist der Uno-Beitritt keine Frage von rechts oder links. Dies ist der Grund, weshalb sich alle aufgeschlossenen Jungparteien der Schweiz zusammen für den Beitritt einsetzen.

### Nicht nur angepasste und unbekehrbare Jugendliche

Die Zusammenarbeit von uns Jungparteien ist aus-

serdem zustande gekommen, weil wir zeigen wollen, dass es in der Schweiz nicht nur angepasste und unbekehrbare Jugendliche, sondern auch zukunftsgerichtete und aufgeschlossene junge Menschen gibt, die auf ihr Heimatland, dessen Werte sowie auf die Errungenschaften ihrer Vorväter stolz sind. Gerade aus diesen Gründen soll die Schweiz im vollen Bewusstsein ihrer Stärken – mit dem entsprechenden Selbstvertrauen – der Uno beitreten. Die Schweiz soll in der Uno ihre Stärken und Besonderheiten einbringen und ihre Interessen vertreten können.

### Swiss Bands go Uno

Im Rahmen unserer Aktivitäten als überparteil-

ches Jugendkomitee werden Livekonzerte in sieben Städten organisiert, an denen Top Shots der Schweizer Musikszene auftreten. Die Künstler unterstützen die Aktion, indem sie auf ihre Gagen verzichten. Entsprechend können wir mit attraktiven Konzerten aufwarten.

Die Konzerttour (siehe Kasten) läuft unter dem Namen «Swiss Bands go Uno» und wird von den drei Jungparteien (JF Schweiz, JCVP und JUSO) mit Unterstützung des Konzertveranstalters und Tourorganistors Open Hearts organisiert. Die Benefizkonzerte sollen die jungen Schweizer und Schweizerinnen zur Solidarität der Schweiz mit der Uno aufrufen. ■

Konzerte

## Swiss Bands go Uno

### Livekonzerte in der Deutschschweiz

#### St. Gallen

Sens Unik und Dani König  
St. Gallen, Marktgasse  
Samstag, 12. Januar 2002  
13.30 bis 15.00 Uhr

#### Aarau

Vera Kaa  
mit Vorband over the Moon  
Aarau, Kasinogarten  
Samstag, 19. Januar 2002  
15.00 bis 16.30 Uhr

#### Zürich

Ménage à Trois  
(Polo Hofer, Marianna Polistena und Martin Diem)  
mit Vorband Souljam  
Zürich, Bürkliplatz  
Samstag, 26. Januar 2002  
14.30 bis 16.00 Uhr

#### Chur

Kisha  
Chur, Kornplatz  
Samstag, 2. Februar 2002  
15.00 bis 16.30 Uhr

#### Solothurn

Kisha  
Solothurn, Klosterplatz  
Samstag, 9. Februar 2002  
15.00 bis 16.30 Uhr

#### Luzern

Natacha  
Luzern, Torbogen auf dem Bahnhofplatz  
Samstag, 16. Februar 2002  
11.00 bis 13.00 Uhr

#### Zug

Gigi Moto  
Zug, Metallplatz  
Samstag, 23. Februar 2002  
14.00 bis 15.30 Uhr

Anzeige

Schöne Fluss-Reisen 2002

### Auf stillen Flüssen durch alte, junge und modernste Geschichte reisen geruhsam • komfortabel • sicher

**Elbe, Moldau, Oder, Peene,  
Rhein, Main, Mosel**

**MS SAXONIA** ★★★★★ max. 88 PAX, Schweizer Flagge

**Yangtzekiang**

Route letztmals so möglich (Stausee-Projekt)  
Besuche in Peking, Wuhan, Nanjing und **Shanghai**  
Vorprogramm mit **Hongkong, Xian, Kunming** usw.

**MS SPLENDID CHINA** ★★★★★ max. 168 PAX, Flagge China

**Don, Wolga, die grössten Seen  
Ladoga, Onega und Rybinsks Meer**

Moskau, St. Petersburg, Rostow usw.

**MS SCHOLOCHOW** ★★★ max. 280 PAX, Flagge Russland

Details im Prospekt «Faszination der Flüsse»  
mit Original-Preisen in EURO (günstiger Wechselkurs)

Informationen, individuelle Beratung und Buchung bei:  
**Hapag-Lloyd** Kreuzfahrten  
**MCCM MASTER CRUISES**  
 Chr. Möhr AG, Fällanden ZH

**Tel. 01/825 20 50, Fax 01/825 31 41**

**neu!** MCCM-Beratungs- und Buchungs-Büro  
auch mitten in Zürich:  
Nüscherstrasse 35, 3. Stock, 10 Min. vom HB  
Öffnungszeiten: Di, Mi, Do von 9.00 bis 18.00 Uhr



## Bravo, Bundesrat!

*Ein wichtiges Signal für die Meinungsäusserungsfreiheit*

**Der Bundesrat hat die Schaffung einer Anrufinstanz für die Lauterkeit der politischen Werbung in Abstimmungskampagnen abgelehnt. Er setzt damit ein wichtiges und richtiges Zeichen für die Meinungsäusserungsfreiheit und gegen die unselige Tendenz, Bürgerinnen und Bürgern die eigene politische Einschätzungskraft unter dem Deckmantel der «political correctness» abzusprechen.**

Von Guido Schommer,  
Generalsekretär FDP  
der Schweiz, Bern

Abstimmungskampagnen geben oft und zu Recht Anlass zur Auseinandersetzung: Die FDP hat in der laufenden Legislatur auf bürgerlicher Seite rund die Hälfte aller Federführung übernommen und wurde immer wieder durch zum Teil sachlich unwahre, zum Teil beleidigende, zum Teil auch nur provokative Aussagen des Gegners im Abstimmungskampf herausgefordert. In jedem Fall hat das eigene Komitee ausreichend Gelegenheit, Kritik und Richtigstellung öffentlich, meist in mehreren Medien, vorzubringen.

Dass diejenigen, die «wahr», fair und sachlich informieren, keine Ausdrucksmöglichkeiten hätten, ist also nachweislich falsch.

### Bürger denken selbst

Wer meint, die Bürger würden eine Vorlage ohnehin nicht kennen und liessen sich durch falsche Propaganda wie die Lemminge in die Irre führen, hat ein sehr unliberales Menschenbild. Die Liberalen gehen vom mündigen, selbstverantwortlichen Bürger aus, der sich eine Meinung bildet auf Grund seiner Eindrücke, auf Grund von Fakten, Aussagen von Persönlichkeiten und vielleicht von Kampagnen. Der Sou-

verän hat – häufig genug zum Erstaunen vieler Beobachter – ein sehr feines Gespür für Wahrheit, für Argumente und für Glaubwürdigkeit, aber auch für Irreführung und Täuschung. Während Jahrzehnten hat der Souverän seinen Blick für Abstimmungskampagnen geschärft: Dank dieser Tatsache entsteht erst so etwas wie politisches Beurteilungsvermögen

und die Fähigkeit zur nüchternen politischen Lagebeurteilung. Diese Eigenschaften, die wir als Schweizer Bürger so sehr schätzen, dürfen nicht durch die Delegation der Einschätzungsfähigkeit an ein Wahrheitsgremium untergraben werden. Kommt noch dazu, dass sich durch eine «Verurteilung» durch diese Kommission ohnehin niemand beein-

drucken liesse, weder Bürger noch betroffenes Komitee.

Kurz: Aus staats- und demokratiepolitischen Gründen hat der Bundesrat mit seinem liberalen Entschluss, den man in Zeiten der «political correctness» nicht mehr so richtig zu erwarten wagte, von A bis Z recht. Bravo!

Anzeige

## Wir freuen uns auf Sie.

2x in Zürich  
World Trade Center  
Stockerhof

Wenn Sie angenehm + erfolgreich arbeiten wollen:

- Top-Offices für 1 bis 250 Arbeitsplätze
- flexibler Service, flexible Mietdauer
- hochwertige Vollausstattung
- Repräsentative Geschäftsadresse
- erstklassiges Umfeld

www.regus.com  
tel. +41 1 208 37 09

Regus

4x in der Schweiz, über 300x weltweit

# Mit Vollgas in die nächste Rezession?

Ein klares Nein zur linken 36-Stunden-Initiative

In wirtschaftlich unsicheren Zeiten ertönt schnell der Ruf, die Arbeitslosigkeit sei mit einer generellen Kürzung der Arbeitszeit zu reduzieren. Es heisst dann: Man solle die Arbeit auf mehr Hände verteilen. Doch halt: Alle, die es als Allerweitsmittel gegen die Arbeitslosigkeit gepriesen haben, stellten nachträglich reumütig fest, es war ein Fehler. Aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen ist das nicht zu verantworten. Deshalb muss die 36-Stunden-Initiative im kommenden März wuchtig abgelehnt werden.

Von FDP-Nationalrätin  
Christine Egerszegi-Obrist, Mellingen (AG)

Die Gewerkschaften wollen mit einer Initiative künftig die Höchstarbeitszeit in der Verfassung auf 36 Stunden beschränken. Es soll also für Jahrzehnte für alle festgeschrieben werden, wie lange man arbeiten darf und wie viel Freizeit man nehmen muss. Aber diese Bevormundung ist nur ein Nachteil dieser Initiative.

## Ein Arbeitsplatzkiller

Die grösste Schwierigkeit bei einer durchgehenden Kürzung der Arbeitszeit ist, dass damit unvermeidlich auch eine entsprechende Reduktion der Löhne verbunden werden müsste. Die Initiative fordert aber trotzdem gleichen Lohn für die meisten Arbeitskräfte. Das brächte eine abrupte Steigerung der Lohnkosten und hätte krasse Auswirkungen auf unsere Wirtschaft: Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes würde massiv abnehmen, Schweizerische Produkte könnten kaum mehr im Ausland abgesetzt werden, weil sie schlichtweg zu

teuer sind. Verhindern könnte man dies zwar durch eine Rationalisierung in den Betrieben, durch den Einsatz von noch mehr Maschinen und Computern statt Menschen, oder durch Verlagerung von Betrieben in billigere Produktionsländer. Damit würde aber gerade das Gegenteil erreicht: Statt Arbeitsplätze zu schaffen für mehr Leute, würden wir Arbeitsplätze mutwillig und verantwortungslos vernichten.

## Verordnung zur Sozialhilfe oder Schwarzarbeit

Soll die Initiative nicht zum Bumerang werden, käme theoretisch nur das andere in Frage: Verteilung der Arbeit auf mehr Hände und Verteilung der entsprechenden Lohn-



Christine Egerszegi-Obrist

summe auf mehr Portemonnaies. Das wäre aber für einen grossen Teil der Arbeitnehmerschaft sicher überhaupt nicht zumutbar. Damit würden neue Sozialfälle geschaffen, und das Volumen der Schwarzarbeit würde massiv zunehmen, wie das Beispiel Deutschland eindrücklich zeigt. Dem Staat würden damit Steu-

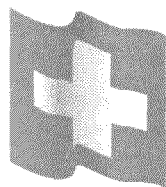
ern und Sozialversicherungsbeiträge in Milliardenhöhe entgehen, auf die wir für die Sicherung unserer Sozialwerke dringend angewiesen sind. Die Dummen wären in diesem Fall die Ehrlichen, die sich dem Diktat zur Arbeitsbeschränkung unterordnen und von ihrem Erwerb alle Lohnabgaben entrichten.

## Komplett falsche Richtung

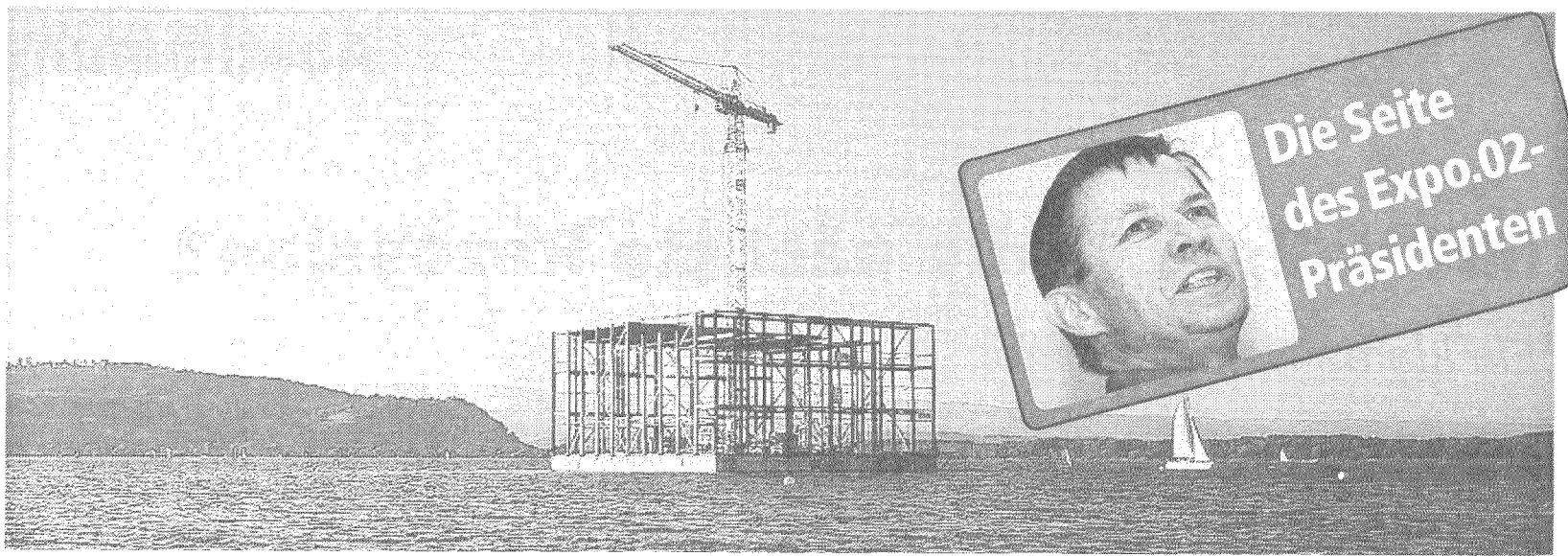
Um dem Bedürfnis der Gesellschaft nach besserer Vereinbarkeit von Freizeit, Familie, Weiterbildung und Beruf vermehrt Rechnung zu tragen, brauchen wir keine generelle Arbeitszeitverkürzung, sondern das Wegkommen vom fixen Standardmodell: Arbeit während 8 Stunden – 5 Tage – 48 – Wochen. Durch flexible Arbeitszeitmodelle mit gegenseitig vereinbarter Monats- und Jahresarbeitszeit und mit attraktiven Teilzeitstellen gibt es viel mehr Handlungsspielraum für alle.

## Aus gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gründen ablehnen

Eine generelle Arbeitszeitverkürzung wäre aber nichts anderes als eine Rationierung der Arbeitsmöglichkeiten für den Einzelnen. Die starre 36-Stunden-Initiative geht also in die falsche Richtung, sie ist aus gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gründen völlig fehl am Platz und deshalb wuchtig abzulehnen.



2002 Uno Jahr der Berge



## Murten: Augenblick und Ewigkeit

**D**iese Artepilg ist anders als die andern. Das Team um Stararchitekt Jean Nouvel verwandelt das ganze Städtchen samt See und Ufer in eine Ausstellungslandschaft. Nicht zufällig: Zum Thema Augenblick und Ewigkeit gibt es kaum eine passendere Kulisse.

In Murten's Altstadt scheint die Zeit stillzustehen. Aufmerksamen Gästen indes entgehen die Zeichen nicht, welche die Expo.02 in der beschaulichen Szenerie setzt – für 159 Tage, einen kurzen Moment in der langen Geschichte dieses Ortes. Jean Nouvel (Paris) und die Gauer Itten Messerli Maria Architekten AG (GIMM, Bern) rücken in ihrem Konzept die mittelalterlichen Bauwerke sowie die Lage am Wasser in den Vordergrund. Denn diese Elemente verkörpern bereits die Thematik Augenblick und Ewigkeit. Folglich umfasst das Ausstellungsgelände – die Artepilg – die historische Kernzone, den Uferbereich und den See von Murten. Nur wo nötig erweitern diskrete, um nicht zu sagen getarnte Bauten diesen vorgegebenen Rahmen.

### Heimat- und Obstproduzenten

Der Haupteingang der Artepilg befindet sich vor der Altstadt, beim Berntor. An der Stadtmauer gleich daneben steht die «Heimfabrik», ein Projekt der Espace-Mittelland-Kantone Bern, Freiburg, Jura, Neuenburg, Solothurn, Waadt und Aargau. Die «Heimat-

fabrik» produziert verschiedene Modelle von Heimat, was aufzeigt, wie breit die Definition eines vermeintlich klaren Begriffs sein kann. Ebenfalls beim Berntor ist ein Teil der «Expoagricole» angesiedelt, welche ein (Selbst-)Porträt der Schweizer Landwirtschaft zwischen Nostalgie und Globalisierung zeichnet. Auf dem Spezialitätenmarkt beim Alten Friedhof wecken Saisonprodukte aus sämtlichen Regionen kulinarische Gelüste. Im Park Beaulieu dagegen, nahe dem Stadtkern, gibt es das Forum mit einem wechselnden Angebot an Veranstaltungen, Festen und Präsentationen. Hinzu kommen Filmporträts von Bauernfamilien, ein Kinderbauernhof mit Streichelzoo, eine Ausstellung mit Fragen zur Zukunft der Landwirtschaft sowie ein Garten mit den wichtigsten Kulturpflanzen und Tieren.

Die übrigen sechs der insgesamt acht Ausstellungen finden am und auf dem See statt. «Un ange passe» lädt entlang dem Ufer zu einem Spaziergang ein, der auf dem Weg nach Muntelier an sieben Pavillons vorbeiführt. Sie sind als sieben Himmel gedacht, in denen sich Künstler mit Grundfragen des Daseins und Glaubens auseinandersetzen. Auch «Die Werft» hat ihren Standort direkt am Wasser. Allerdings in der entgegengesetzten Richtung, auf Gemeindegelände von Meyriez, wohin man wenige Gehminuten braucht. Beim Projekt der Eidgenossenschaft handelt es sich um eine of-

fene Industriehalle. Darin geht es mit bildlicher Symbolik um die Sicherheit und Identität der Schweiz im Wandel unserer Zeit. Schlendert man nach Murten zurück, tritt man zunächst auf «Blindeküh». Blinde empfangen Sehende, geleiten sie durch einen stockdunklen Sinnesraum und bedienen sie in der «Unsicht-Bar», einem Treffpunkt mit kulturellen Darbietungen. Ohren, Nase, Gaumen und Hände ersetzen für einmal die Augen, was die Wahrnehmung grundlegend verändert. Welche wichtige Rolle die lokale Umgebung für die Umsetzung des Artepilg-Themas spielt, verdeutlicht «Der Garten der Gewalt». In der Parkanlage am Rand des Städtchens verstecken sich hinter blühender Natur Installationen zum Tabu Gewalt. Man kann sie genauso gut übersehen wie entdecken. Zweites Element bildet das benachbarte stadtgeschichtliche Museum: Durch kleine künstlerische Interventionen gewinnen alte Zeugen kriegerischer Konflikte neue Aktualität.

### Riesig und rostig: der «Monolith»

Auf dem See schwimmt der «Monolith», das Wahrzeichen der Artepilg Murten. Als Würfel aus rostigem Blech verkörpert Jean Nouvel's Werk die Vergänglichkeit. Die riesige Konstruktion – die Seitenkanten messen 34 Meter – lässt sich nur per Schiff erreichen. Zwei Panoramen, eines aus dem 19. Jahrhundert, das andere aus der Gegenwart, illustrieren im

Innern, wie Bilder die Wirklichkeit verändern. Ausserdem machen sie erfahrbar, wie anders Bilder je nach Ort und Zeit vom Betrachter in Wirklichkeit übersetzt werden. So präsentiert das «Panorama Schweiz Version 2.1» im unteren Stockwerk einen clipartigen Bilderteppich mit einer Momentaufnahme der Schweiz von heute unter dem Motto Schöpfung. Über eine Treppe gelangt man zu Louis Brauns restauriertem «Panorama der Schlacht von Murten» (1476). Mehr als 111 Meter lang und 10,5 Meter hoch, zählt es zu den wenigen erhaltenen Rundgemälden aus der Zeit vor 1900. Im Zwischengeschoss eröffnet sich dem Auge noch ein drittes Panorama: die Aussicht auf See und Stadt.

### Besuch im Kinderzimmer

Die Uferzone bei der «Pantschau» verwandeln die Architekten mit Zypressen, Sand, Kies sowie weiteren Materialien in eine neue Strandlandschaft. Zusammen mit dem Areal beim Hafen ist sie Veranstaltungsort für die Events. Denn zu den Ausstellungen kommen als zweites wichtiges Standbein der Expo.02 Aufführungen aus diversesten Sparten. Durch das Tente centenaire wird die Artepilg zum Mekka für Freunde klassischer Musik oder von Opern und Operetten. Im Théâtre de Gravier spielt das Jugendspektakel «Gli Armadi Sensibili» in einer Szenerie, die an ein Kinderzimmer erinnert. Konzerte, ein Open-air-Kino, die Thementage sowie der Freiburger Kantonstag gehören zur Scène de Meyriez.

# Villiger hatte aufmerksame Zuhörer

Die Worte Kaspar Villigers führten zur klaren Uno-Ja-Parole

**Ausnahmsweise geben wir die Rede unseres Bundespräsidenten, welche er an der DV in Tramelan gehalten hatte, wörtlich wieder. Dies nicht zuletzt darum, weil er die drei Herausforderungen aufzeigte, welche ihm in seinem Präsidentschaftsjahr wichtig sind.**

Der 11. September hat uns zweierlei schlagartig bewusst gemacht: Erstens die hohe Verletzlichkeit und zweitens die Tatsache, dass uns direkt betrifft, was irgendwo in der Welt passiert. Auch in der Schweiz war es wie verhebt: Zuerst die Bluttat in Zug, dann der Zusammenbruch der Swissair, dann der Unfall im Gotthard. Das alles hat uns bewegt und verunsichert. Aber nichts wäre falscher, als dadurch in eine Spirale des Pessimismus zu verfallen.

## Terrorismus und Bankkundengeheimnis

Die demokratischen Rechtsstaaten werden sich durch den Terror nicht in die Knie zwingen lassen. Das Bankkundengeheimnis schützt weder Terroristen noch sonstige Verbrecher. Wer jetzt im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus gegen das Bankkundengeheimnis Sturm läuft, wie beispielsweise der Finanzminister unseres südlichen Nachbarlandes, ist entweder nicht informiert oder er tut es wider besseres Wissen. Der Terrorismus braucht Nährböden, wenn er länger



In einem von Edgar Bloch engagiert geleiteten Podium kreuzten John Dupraz, Ulrich Fischer und Daniel Helfenfinger (Pro) mit Christian Waber und Bruno Zuppiger (Contra) die Klingen.

überleben will. Armut, Perspektivlosigkeit, Hoffnungslosigkeit sind Elemente solcher Nährböden. Sie auszutrocknen, ist eine anspruchsvolle politische Aufgabe, die mindestens so wichtig wie die Repression ist. Das ist eines der grossen Probleme, an deren Lösung wir uns beteiligen müssen.

## Hoch entwickelte Volkswirtschaft

Global tätige Konzerne, Konzernzentralen, Anbieter weltweit gefragter hochmoderner Dienstleistungen haben ihren Sitz bei uns. Wenn wir für solche Gesellschaften attraktiv bleiben wollen, braucht es unter anderem Direktflüge zu den wichtigsten Wirtschaftsmetropolen. Diese beruhen, ob man das wahrhaben will oder nicht, auf bilateralen Abkommen und nationalen Airlines. Deshalb ist eine solche Airline ein wichtiger Standortfaktor. Ich glaube, in jedem andern Land wäre

eine solche Anstrengung positiv gewürdigt worden. Bei uns war die Begleitmusik ein Gezänk und eine Kritikwelle der Sonderklasse. Ich möchte dazu vier Feststellungen machen:

1. Die einzige Alternative war ein soziales und volkswirtschaftliches Desaster grössten Ausmasses mit wohl noch grösserem staatlichem Zuschussbedarf.
2. Ohne Staat wäre keine Lösung zu finden gewesen. Aber es wurde eine ordnungspolitisch saubere Lösung gewählt: Die öffentliche Hand ist minderheitlich und nur auf Zeit beteiligt, gemanaged wird privatwirtschaftlich, die gescheiterte Swissair wird nicht mit Steuergeld gerettet, und für die notwendige Überbrückungsfinanzierung fanden sich nun mal keine privaten Geldgeber.
3. Das Krisenmanagement hat funktioniert, und die Institutionen haben sich als handlungsfähig erwiesen.

Ich rechne es dem Parlament hoch an, dass es die Kredite nachträglich genehmigt hat. Auch das ist ein Zeichen dafür, dass die Institutionen unter unheimlichem Zeitdruck funktionieren.

4. Auch den Investoren und Banken rechne ich es hoch an, dass sie sich handfest für die Lösung eines nationalen Problems engagierten. Es ist ein gutes und weltweit beachtetes Signal für die Widerstandskraft eines kleinen Landes, wenn sich Wirtschaft und Staat zur Lösung eines gewichtigen Problems zusammenschließen. Vielleicht, und das wäre gut, wurde der gegenseitige Respekt zwischen Staat und Wirtschaft gestärkt. Aber an der marktwirtschaftlichen Rollenverteilung darf und wird sich nichts ändern.

## Wirtschaft/Politik

Obwohl seit Wochen nur noch von Risiken die Rede

ist, hat die Airline Chancen mit ihrer guten Kostenstruktur und ihrer hervorragenden Kapitalisierung. Ich weiss auch, dass die Sicherheit oberste Priorität hat. Die Schaffung der Airline war aber nur ein Etappensieg. Andere müssen die Airline nun zum Erfolg führen. Darauf und nicht auf die Lust am Scheitern müssen sich jetzt alle konzentrieren. Ich danke allen, die sich in irgendeiner Funktion für diese Airline engagieren!

Ich möchte der FDP und allen voran Geri Bührer für die mutige und konstruktive Unterstützung des ehrgeizigen Projektes danken! Ich schätze es sehr, dass die FDP sogar unter Einsatz einer Arbeitsgruppe unter Leitung von Nationalrat Erich Müller das staatspolitisch so wichtige Projekt der Neugestaltung des Finanzausgleichs tatkräftig unterstützt.

**Fortsetzung auf Seite 16**

Fortsetzung von Seite 15

**Sparauftrag**

Das Volk hat unlängst mit fast 85% Ja der Schuldenbremse zugestimmt. Das ist ein unmissverständlicher Auftrag an die Politik für eine nachhaltige Finanzpolitik, also für eine Finanzpolitik, die sich an der nächsten Generation, nicht an den nächsten Wahlen orientiert. Die ausserordentliche Rechnung 2000 hat zu Begehrlichkeiten bei den Ausgaben geführt. Ich stelle fest, dass, bei Lichte besehen, der Sozialstaat munter ausgebaut statt konsolidiert wird und dass in allen Bereichen Ausbauwünsche bestehen, die, so vertretbar sie im Einzelnen scheinen mögen, in der Summe zu einem neuen Staatsquotenschub führen müssten. Die Schuldenbremse lässt Mehrausgaben zu. Aber sie müssen durch Steuererhöhungen finanziert sein. Das heisst Anhebung der Staats- und Steuerquote: mit den erwähnten Risiken. Auch Steuersenkungen haben ihren Preis. Sie müssen von Einsparungen begleitet sein. Die Leere der Sparideen kontrastiert indessen auffällig mit der Fülle der Steuersenkungs-ideen. Man nehme einmal zur Kenntnis, dass die Familiensteuerreform das

grösste Steuersenkungsprogramm für den Mittelstand seit Jahrzehnten ist. Schon das mit den heute wahrscheinlichen Mehrausgaben und mit der Schuldenbremse in Einklang zu bringen, wird nicht einfach sein. Aber zusätzlich noch weniger dringliche Steuersenkungen durchzuzwängen, müsste auf der Ausgabenseite Konsequenzen haben, die politisch alles andere als attraktiv sind, zumal ein Jahr vor den Wahlen.

Die Finanzpolitik wird sich an den folgenden einfachen Leitplanken orientieren müssen:

- Inkraftsetzung Schuldenbremse auf den 1.1.2003;
  - Sehr enge Budgetierung und klares Nein zu nicht zwingend nötigen Mehrausgaben, dann erübrigt sich vielleicht – ich betone: vielleicht – ein Sparpaket;
  - Massnahmen bei Steuerentlastungen.
- Das klingt einfach. Aber es wird hart sein! Mit der Airline hat das alles übrigens nichts zu tun, denn die Ausgaben für dieses Projekt sind auf 2001 und 2002 beschränkt.

**Zusammenhalt**

Ich freue mich, dass die Expo.02 in mein Präsidentschaftsjahr fällt. Als Finanzminister bin ich allerdings kei-

neswegs begeistert, dass die Kosten für den Bund weit höher als erwartet sind. Aber es gibt kein Zurück mehr. Expo.02 wird in unserem fragilen Vielvölkerstaat eine wichtige Stätte der Begegnungen werden, des Dialogs, der Auseinandersetzung. Damit wird sie einen Beitrag an unseren Zusammenhalt leisten, der nie ein für allemal gesichert ist.

Es gibt in unserm Lande jene, die nie etwas aufbauen, nie etwas wagen, es trotzdem immer besser wissen. Sie sind gegen die Airline, gegen die Expo, gegen die Uno, gegen Friedenseinsätze, gegen was eigentlich nicht? Sie werden auch Franz Steinegger kritisieren. Aber mit ihm ist das Projekt endlich sauber geführt. Dieser Mann hat Mut bewiesen, ist Risiken eingegangen, hat zugepackt. Dafür danke ich ihm. Er hätte es leichter haben können. Aber unser Land kommt weiter mit jenen, die etwas tun, nicht mit jenen, die das Getane zerreden.

**Die Uno lindert Not**

Ich habe auf die gegenseitigen Abhängigkeiten auf dieser vernetzten Welt schon hingewiesen. Der Terroranschlag in New York trifft auch unsere Luftfahrt und unsere Börsen. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoss auch ande-

rer Weltgegenden bringt über die Erwärmung unsere Gletscher zum Abschmelzen. Entfernte Konflikte führen zu Asylbewerberproblemen in der Schweiz mit enormen Kostenfolgen. Eine Finanzkrise in Ostasien führt in der Schweiz zu Entlassungen. Es liegt deshalb in unserem Interesse, wenn Menschenrechte durchgesetzt, Konflikte entschärft, Hunger überwunden und Umweltzerstörung verhindert wird.

Genau damit befassen sich die Vereinten Nationen. Schon heute arbeiten wir im Rahmen ihrer Organisationen erfolgreich mit. Es ist Zeit, dass wir mit vollen Rechten beitreten und mitbestimmen, unsere Stimme erheben und Einfluss gewinnen. Die Uno ist die einzige weltumspannende Organisation, welche alle vitalen Probleme anpackt, die sonst nicht global angepackt würden. Ich will die Beispiele nur summarisch erwähnen. Auf die Terroranschläge hat die Uno entschieden und geschlossen reagiert. Jetzt schafft sie die Voraussetzungen für den Neubeginn in Afghanistan. Die Uno lindert wirksam die Not der Flüchtlinge und bekämpft die Ursachen dieser Schicksale. Daran hat gerade ein begehrtes Zielland von Flüchtlingen wie die Schweiz grosses Interesse. Ohne das Uno-Kinderhilfswerk wäre das Schicksal vieler Kinder noch katastrophaler. Weil sich die Uno auch wirksam für weltweit zuverlässigere wirtschaftliche Rahmenbedingungen und für weltweit geordnete Währungsverhältnisse einsetzt, steht unsere Wirtschaft gross-

mehrheitlich hinter dem Beitritt.

Während der Zeit des kalten Krieges waren neutrale Staaten wie die Schweiz sehr oft für vermittelnde Rollen zwischen den Blöcken gefragt. Diese Zeit ist klar vorbei. Wer heute noch eine Vermittlungsrolle spielen will, kann das viel besser innerhalb der Uno tun. Ich bin überzeugt, dass gerade neutrale Länder innerhalb der Uno weit mehr Möglichkeiten haben. Der Outsider wird nicht mehr gefragt, schon weil man sein Abseitsstehen nicht mehr versteht. Die Uno-Gegner, welche hier immer von guten Diensten reden, stehen völlig neben den Realitäten.

**Neutralität wird nicht beeinträchtigt**

Der Uno-Beitritt wird unsere Neutralität nicht beeinträchtigen. Erstens gibt es keinerlei Zwang, Truppen zu stellen. Zweitens ist die Uno das beste Forum, vor welchem wir unsere Neutralität erklären können.

Weil die Uno nach dem Fall der Mauer an Handlungsspielräumen gewonnen hat, weil die gegenseitigen globalen Abhängigkeiten enorm zugenommen haben und es deshalb globale Zusammenarbeit zunehmend braucht, habe ich meine Meinung seit 1986 gründlich revidiert. Der Beitritt wird keine unserer identitätsstiftenden Werte gefährden. Wir haben etwas einzubringen! Ich möchte Ihnen sehr empfehlen, heute zum Beitritt zur Uno die Ja-Parole zu beschliessen. Der Beitritt ist keine Schicksalsfrage. Er ist ganz einfach fällig!



Die Halle war in Tramelan bis auf den letzten Platz mit aufmerksamen Zuhörern gefüllt.



# Ostschweiz kommt zu kurz

## Freie Bundesmittel für gestrichene Ostschweizer Bahninfrastruktur-Projekte einsetzen

**Die Diskussion um den Sitz des Bundesverwaltungsgerichts hat in der Ostschweiz zu einer neuen Thematisierung der Wahrnehmung unseres östlichen Landesteils in der übrigen Schweiz geführt. Am Beispiel der Bahn 2000 kann eindrücklich dargelegt werden, wie sich diese «Diskriminierung» in der politischen Realität auswirkt. So wurden von den 7,4 Mia. Franken, die für die erste Etappe der Bahn 2000 verfügbar waren, weniger als 1% in der Ostschweiz investiert!**

Von Nationalrat Peter Weigelt, FDP St. Gallen, Mitglied der Verkehrskommission

Im Frühjahr 2001 wurde von den Verantwortlichen des Projekts Bahn 2000 gegenüber den Medien und der Öffentlichkeit erklärt, dass die Kosten für die erste Etappe um über 1 Mia. Franken unter dem bewilligten Projektkredit liegen werden. Diese Tatsache ist erfreulich und stellt den Projektverantwortlichen ein gutes Zeugnis aus. Der Bundesrat hat darauf entschieden, dass die «Restmittel» weiterhin für Infrastrukturbauten des öffentlichen Verkehrs zur Verfügung stehen sollen.

### Nicht weiter verträsten lassen

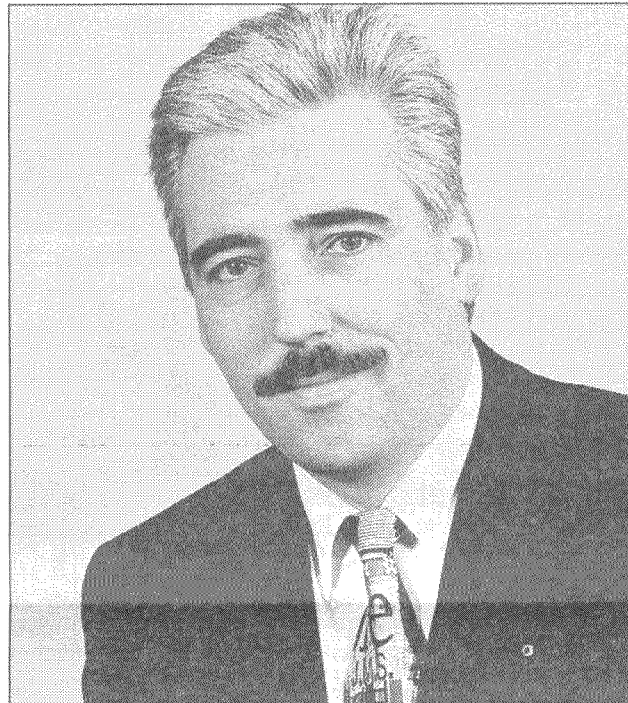
Diese offene Formulierung vermag nicht zu überzeugen, da es sich um Mittel handelt, die vom Volk im Jahre 1987 klar zugunsten des Projekts Bahn 2000 gesprochen wurden. Da aus finanziellen Überlegungen zahlreiche Vorhaben aus diesem ursprünglichen, vom Volk genehmig-

ten Projekt gestrichen wurden, gilt es mit den Restmitteln diese Abstriche so weit wie möglich wieder wettzumachen. Etwa in der Ostschweiz, wo alle Bauinvestitionen gestrichen und mit Ausnahme des Halbstundentakts St. Gallen-Zürich auch keine Verbesserungen des Fernverkehrs erreicht wurden. Ursprünglich (vom Volk beschlossene Bahn-2000-Vorlage, 85.074) waren für die Ostschweiz folgende Vorhaben unter dem Titel Bahn 2000 vorgesehen:

- neue Linie Zürich-Flughafen-Winterthur (Brüttemertunnel)
- Doppelspurabschnitte St. Gallen-Rorschach
- Doppelspurinseln im Raum Altstätten-Oberriet (Rheintal)
- Doppelspur Mühlehorn-Tiefenwinkel (Walensee)
- Gleiserweiterung im Hauptbahnhof St. Gallen

### Rotstift versus Volksentscheid

Mit diesen Vorhaben sollten insbesondere der Halbstundentakt St. Gallen-Zürich und der Stundentakt St. Gallen-Chur gewähr-



Peter Weigelt

leistet werden. Im Etappierungsentscheid vom Juni 1993 blieb einzig der Halbstundentakt St. Gallen-Zürich noch Bestandteil des Konzepts Bahn 2000. Zudem wurden Neigezüge auf der Strecke St. Gallen-Zürich vorgesehen, auf die geplante Reduktion der Fahrzeit auf unter eine Stunde jedoch verzichtet. Völlig gestrichen wurden die neue Strecke Zürich-Flughafen-Winterthur (Brüttemertunnel), die Doppelspurinseln im Rheintal, die Doppelspur am Walensee, die Doppelspur St. Gallen-Rorschach und die Gleiserweiterung im Hauptbahnhof St. Gallen.

Damit ging die Ostschweiz im Rahmen der 7,4 Mia. Franken teuren ersten

Etappe nicht nur in Sachen Infrastrukturen leer aus, sondern auch wesentliche Teile des Angebotskonzepts Bahn 2000, welche das Volk am 6. Dezember 1987 beschlossen hatte, wurden in der Ostschweiz nicht umgesetzt. Insbesondere der Stundenknoten St. Gallen, der Stundentakt im St. Galler Rheintal, die Verbesserung der Anschlüsse nach Sargans, die Ausmerzungen der Behinderungen für Regionalzüge am Walensee sowie die betrieblichen Restriktionen zwischen St. Gallen und Rorschach.

### Volksentscheid als Massstab

Es wurde bis anhin in der Ostschweiz unter dem Titel Bahn 2000 nicht nur nichts

investiert (weniger als 1%<sup>1)</sup> des Bahn-2000-Kredits von 7,4 Mia.), sondern es wurden mit Ausnahme des Halbstundentakts St. Gallen-Zürich auch keine Verbesserungen des Fernverkehrs erreicht.

Angesichts der überschüssigen Mittel im Projektkredit «Bahn 2000 – erste Etappe» von rund 1,5 Mia. Franken ist abzuklären, inwieweit die in der vom Volk 1987 genehmigten Vorlage Bahn 2000 angekündigten, aber aus finanziellen Gründen in der Folge zurückgestellten Vorhaben (insbesondere in der Ostschweiz) mit den neu verfügbaren Mitteln doch noch realisiert werden können. Massstab für die Beurteilung muss das vom Volk genehmigte Konzept Bahn 2000 sein.

Mittels einem von Nationalrat Peter Weigelt eingebrachten Postulat wird der Bundesrat beauftragt, die Verwendung der für die Umsetzung der ersten Etappe Bahn 2000 nicht benötigten Kredite zugunsten von ursprünglich bewilligten, im Rahmen des Etappierungsentscheids von 1993 aber gestrichenen Vorhaben zu prüfen und dem Rat entsprechend Bericht zu erstatten. ■

<sup>1)</sup> Laut Standbericht «Bahn 2000 – erste Etappe» der SBB sind in der Ostschweiz lediglich folgende Bahnbaulastinvestitionsobjekte in Bearbeitung:

- St. Gallen-Winterthur: Anpassung an Neigetechnik (1 Mio.)
- Goldach-Mörschwil: Doppelspurausbau (17,7 Mio.)
- Bad Ragaz-Landquart: Doppelspurausbau (27,7 Mio.)
- Landquart: Ausbau 1. Etappe (2,2 Mio.)

# Aufgaben gemeinsam lösen

*Ja zu einer selbstbewussten Schweiz in der Uno*

Das Abseitsstehen einer isolierten Schweiz hat in unserer vernetzten Welt von heute keine Bedeutung mehr und kann langfristig gesehen für unser Land nur negative Folgen haben. Probleme wie internationaler Terrorismus oder globale Erwärmung können wir «alleine» nicht lösen; wir könnten jedoch eines Tages «alleine gelassen» davon betroffen sein.

Von Petra Studer,  
politische Sekretärin für  
Aussenpolitik der FDP  
Schweiz



Die Tafel ist gedeckt, unser Stuhl steht schon lange bereit; setzen wir uns am 3. März 2002 endlich an den Tisch und essen mit.

So wie sich die Welt seit 1986 mit dem Fall der Berliner Mauer verändert hat, ist auch die Uno heute nicht mehr die gleiche Institution wie vor sechzehn Jahren, als man leider

noch von einem Effizienz-Defizit sprechen musste. Unter der Federführung von Generalsekretär Kofi Annan sind gewichtige institutionelle Reformen in Gang gekommen, welche der Uno zu einem besse-

ren Handlungsvermögen und zu einer beachtlichen Erfolgsbilanz verholfen haben.

Eine Vollmitgliedschaft in der Uno erlaubt es der Schweiz am besten, ihre aussenpolitischen Interes-

sen langfristig zu wahren. Im Gegensatz zu einem EU- oder gar Nato-Beitritt wird die Schweiz bei einem Uno-Beitritt keinesfalls Neutralitäts- oder Souveränitätsverluste erleiden, ist die Organisation doch ein Bündnis souveräner Staaten. Im Gegenteil: Wir können in der Uno die Fraktion der neutralen Staaten stärken und unsere Erfahrungen einbringen. Ein kleiner Staat wie die Schweiz ist auf die Wahrung des internationalen Rechts angewiesen; eine Mitgliedschaft ermöglicht es uns, am Entwicklungsprozess des Völkerrechts aktiv teilzuhaben.

Die Schweiz ist Mitglied zahlreicher UN-Spezialorganisationen, wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO), dem Kinderhilfswerk (Unicef) oder der internationalen Arbeitsorganisation (ILO); des Weiteren ist die Schweiz dem In-

ternationalen Währungsfonds sowie der Weltbank beigetreten. In den Uno-Hauptorganen, wie der Generalversammlung, ist die Rolle unseres Landes jedoch auf diejenige eines Beobachters reduziert, obwohl hier über Themen entschieden wird, welche schon seit je zu den Prioritäten unserer Aussenpolitik gehören (Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechte, humanitäre Hilfe, Umweltschutz, usw.). Es kann doch nicht im Interesse einer selbstbewussten Schweiz sein, in den UN-Unterorganisationen mitzuarbeiten und finanzielle Beiträge zu leisten, ohne jedoch in der Generalversammlung über den Verwendungszweck dieser Gelder mitreden zu können. Die Schweiz will heute ein vollwertiges Mitglied der Weltgemeinschaft sein und ihrer Stimme Gehör verschaffen.

## Gratulation der FDP Schweiz

### Präsidium des Parlaments kommt in liberale Hände

Kürzlich wurde der irische Liberale Pat Cox zum Präsidenten des Europäischen Parlamentes gewählt. Der 49-jährige Wirtschaftsprofessor aus Limerick wurde von Anfang an als Favorit für die Ablösung der amtierenden Präsidentin Nicole Fontaine gehandelt, musste aber dennoch gegen vier weitere Kandidaten antreten. Im dritten Wahlgang setzte sich Cox mit 298 von 568 Stimmen gegen seinen stärksten Gegner, den Sozialisten David Martin, durch.

Die FDP Schweiz freut sich, dass das Präsidium des Europaparlaments mit

Pat Cox nun in liberale Hände kommt. Cox war bis anhin bereits Fraktionsvorsitzender der liberalen EU-Abgeordneten; des Weiteren ist er Vorstandsmitglied der ELDR (European Liberal Democrat and Reform Party), wo auch die FDP Schweiz als Vollmitglied ihr Stimmrecht wahrnehmen kann. Mit dem neuen Präsidenten wird den Resolutionen der ELDR im Parlament wohl noch mehr politisches Gewicht gegeben.

Pat Cox sprach sich nach seiner Wahl dafür aus, die politische Macht des Parlamentes zu stärken. In seine Amtszeit fallen wichtige Vorbereitungsarbeiten für die anstehenden EU-Reformen. ■

Im Vorfeld jeweiliger Abstimmungen erscheint in Zukunft ein politisches Kreuzworträtsel. Unter den richtigen eingesandten Lösungen werden jeweils zwei Preisträger ausgelost.

Einsendeschluss für die Lösung untenstehenden Kreuzworträtsels ist der 28. Februar 2002.

Einsendungen per Postkarte an: Generalsekretariat FDP Schweiz, «Kreuzworträtsel», Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern.

traditioneller Abstimmungstag in Glarus		zerkümmelt Erdschollen Vokale bei Villiger	oft i.d. Politik oder im Schnee losgetreten		Agglomerationen Öl- oder Heroinpfl.		Kapital auf der hohen Kante	kein Teil der Schweizer Armee	steht vor edlen Bernern
aggressive politische Werbung							Altersvorsorge französ. Bindewort		
			umworbenestimmen wo Bienen horten					wo oder oder inder Romandie	
liegt i. Glarnerland Adelstitelchen	1	steht vor parlamentarischen Fragen			Volk und Land geistig etwas schräg			2	
		gute Expo von 1939 unpolit. Singstimme				kurzes Informationszentrum	nur ein Augenblick beratende Mitglieder		sie singen auf Bäumen
macht guten Stich Generalabonnem.		Firmen, Fabriken und Geschäfte		3				völlig unpolitischer Heiligenschein	
alt-Schneidermass öffentliche Aufgabe				da steckt Metall drin		8	parlamentarischer Vorstoss	Vorwürfchen	5
		dreiwöchige Berner Sitzungsperiode	niedere Kammer des engl. Parlaments		bevor man sich duzt	vollziehend regierende Staatsgewalt	Vorzeichen in der Defizitrechnung		
schlägt unpolitischen Alarm		Hotelzimmerflucht der König in Rom		4			welches Gold in Reserve	guter FDP Kassenwart i. Bundeshaus	
					Partei-Anstecknadel		Rudolf von... ein Ch-Schriftsteller	7	
wo Vögel und Penner brüten				meist politische Bittschrift					12
Sauermilch aus dem Kaukasus		Fluss in N-Neuguinea modernes Flugblatt					steckt in der Zelle		sagt man oft statt Benzin
				nur ein Moment ... Schweizer Käse		11	sieht sich als Nabel der Schweiz	franz. Mehrzahlartikel Sprengkörper	
mächtig herrschende Familie		Gerberinde Bischöfskirche			kurze Tuberkulose		Sprosse der Tonleiter		fließt zur Beresina in Russland
umwerfen der Windstoss							Vorname für Zaren und Kosaken	6	
	13	vereinigst Staaten	9		kleine Frau als Schweizer Goldstück				10
Mister oder Monsieur		vertritt die Kantone im Stöckli							

Lösung:

1 2 3 F D P 4 5 6 7 J A 8 9 10 11 12 13

# Abseits zu stehen bringt heute nichts mehr.





Für unsere Interessen kämpfen, da wo die ganze Welt entscheidet.

Abseits stehen kostet uns letztlich mehr als Mitgliedschaft und Stimmrecht in der UNO.

Wir sind und bleiben neutral. Wie andere neutrale Staaten in der UNO auch.

## **Im Gegensatz zum EU-Beitritt**

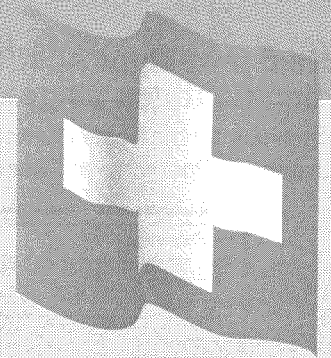
oder NATO-Beitritt berührt die UNO-Mitgliedschaft die Souveränität der Eidgenossenschaft nicht.

-  **Unsere Neutralität,**
-  **unsere Demokratie,**
-  **unser Föderalismus,**
-  **unsere Gerichtshoheit**

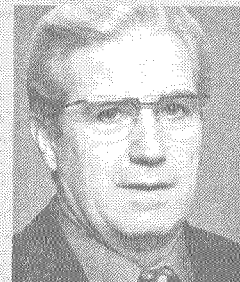
bleiben mit dem UNO-Beitritt gewahrt.

## **Kein Land muss Truppen stellen!**

Alle UNO-Mitglieder sind frei, ein Sonderabkommen für Hilfstruppen abzuschliessen oder nicht (UNO-Charta Art. 43, Absatz 3).

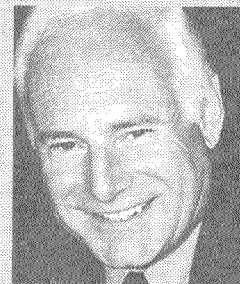


Als weltoffene Handelsnation können wir in der UNO unsere Anliegen geschickt vertreten.



**Karl Tschuppert**  
Nationalrat FDP, Co-Präsident

«Der UNO-Beitritt ist keine Schicksalsfrage. Aber heute ein logischer Schritt in unserem ureigenen Interesse.»



**Ulrich Fischer**  
Nationalrat FDP, Co-Präsident

# Ja zur Schweiz Ja zur UNO

[www.schweiz-ja-uno.ch](http://www.schweiz-ja-uno.ch)

Co-Präsidium: Karl Tschuppert, Nationalrat FDP/LU; Maximilian Reimann, Ständerat SVP/AG; Toni Eberhard, Nationalrat CVP/SZ; Ulrich Fischer, Nationalrat FDP/AG; Heinrich Estermann, Nationalrat CVP/LU; Hanspeter Seiler, Nationalrat SVP/BE; Postfach · 6010 Kriens 2 · PC-Konto 60-771089-8